

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 82. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 10. Mai 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Kirsten Lühmann, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 44
Herr Professor Dr. Michael Langer gemäß Beweisbeschluss 17-236	

* Hinweis:
Die Korrekturen des Zeugen Prof. Dr. Michael Langer (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 15.55 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Wir treten in die öffentliche Ausschusssitzung ein. Der **einzige Tagesordnungspunkt** ist:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:
Herr Prof. Dr. Michael Langer
gemäß Beweisbeschluss 17-236

Herr Langer, Sie waren ja schon einmal hier. Herzlichen Dank, dass Sie gewartet haben. Aber ich fand es schön. Die namentliche Abstimmung war vor unserer Veranstaltung. Es ist immer ärgerlich, wenn man mitendrinnen unterbrechen muss. So können wir uns Ihnen am Stück widmen.

Ich bitte die Vertreter der Medien, die Ton-, Film- und Bildaufnahmen jetzt zu beenden. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme ohne Zustimmung des Ausschusses unzulässig, also auch Bildaufnahmen, Handyfotos und dergleichen. Sie wissen, dass der Verstoß gegen dieses Gebot nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen kann, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Die Gesamtheit der Zuhörenden auf der Tribüne erinnere ich daran: Den Besuchern von Ausschusssitzungen ist es nach einem Beschluss des Ältestenrates des Deutschen Bundestages vom 16. September 1993 nicht erlaubt, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches - in Klammern: entsprechende Handys - in den Sitzungssaal mitzunehmen. Wenn die Möglichkeit der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit eine Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Mobiltelefonen während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ungeachtet dessen bitte ich Sie, Ihre Handys komplett auszuschalten.

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Michael Langer**

Herr Professor Langer, noch einmal herzlich willkommen hier! Ich weise auch Sie noch einmal darauf hin, dass wir eine Tonaufnahme der Sitzung fertigen, die aber

ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufnahme wird nach der Genehmigung des Protokolls sofort gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-236, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Sie haben den Empfang bestätigt. Für Ihre Vernehmung hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit Schreiben vom 23. April 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt.

Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass Sie als Zeuge verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und Sie dürfen auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 StGB mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Das kann auch während der Sitzung passieren, wenn Sie der Meinung sind, Sie möchten Antworten auf Fragen geben, die Ihrer Meinung nach diesem Passus unterliegen. Ich weise Sie darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind. - Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Nach diesen not-

wendigen Vorbemerkungen - auch wenn Sie sie alle schon einmal gehört haben - darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigen Namen und Alter vorzustellen. Ich frage Sie auch, ob die in der Ladung verwandte Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Mein Name ist Michael Langer. Ich bin 78 Jahre. Die Adresse ist in Ordnung.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untätig zu erkunden und keinen alternativen Standort zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zu der Entscheidung für den Standort geführt haben sowie, aktuell, insbesondere mit der Frage, inwieweit das Erkundungskonzept in den Jahren 1997, 1998 eventuell verändert worden ist. Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs 4 PUAG Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würde ich mit Fragen beginnen. Möchten Sie sich vorher im Zusammenhang äußern?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe mich ja bei der letzten Ausschusssitzung ausführlich vorgestellt. Vielleicht sollte man noch einmal meine Rolle innerhalb der Endlagerung in der BGR erwähnen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Bitte etwas dichter an das Mikrofon.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das wird schwierig. Geht das so?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja? - Danke. - Ich bin 59 in die BGR eingetreten und wurde 78, also gerade als die Sache mit der Endlagerung aktuell wurde, Unterabteilungsleiter. Das Referat Endlagerung radioaktiver Abfälle war in meiner Unterabteilung

angeordnet. Als Unterabteilungsleiter hatte ich - manchmal nannte sich das auch Fachgruppe; aber das ist das Gleiche - Steuerung endlagerrelevanter Forschungsvorhaben und die Leitung und Koordinierung und Vertretung der fachlichen Arbeiten zu Endlagerprojekten.

Die Endlagerarbeiten waren ja in der BGR vollkommen in die Linie eingeordnet. Das wurde erst viel später, als es zu groß wurde, als Projekt organisiert und dann als Matrix der Linie zugeordnet. Das passierte erst 96, 97 endgültig und wurde in einer Hausverfügung festgelegt.

Ich war im Rahmen dieser Sache dann Projektleiter der Endlagerung und hatte damit - - so steht das in dieser Hausverfügung und wurde mir auch mitgeteilt -:

Als Projektleiter haben Sie die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der geowissenschaftlichen Untersuchung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Sie sind verantwortlich für die Erstellung und Umsetzung der Projektplanung sowie für die Gesamtzielsetzung einschließlich der Kosten und Termineinhaltung. Sie entscheiden über Prioritäten und Ressourcen. Sie koordinieren und steuern die Einzelprojekte in Abstimmung mit den Fachbereichen der BGR. Als Projektleitung haben Sie Sprecherfunktion, das heißt, Sie vertreten neben der Amtsleitung die BGR in Anlageaufgaben¹ nach außen.

Ich hatte dann für die einzelnen Projekte - es waren ja nicht nur Gorleben, sondern auch Konrad und Morsleben - Teilprojektkoordinatoren, die mich dann da mit unterstützt haben.

Die BGR wurde dann in 97 umorganisiert. Da wurde meine ganze Unterabteilung dann zur Abteilung Ingenieurgeologie und Geotechnik. Dann war ich also Abteilungsleiter und Projektleiter in der BGR. Ende 89² und mit Ablauf des Jahres bin ich dann altersbedingt ausgeschieden aus der BGR, seitdem im Ruhestand. - Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön, Herr Professor Langer. - Ich habe jetzt, bevor wir in die nor-

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Anlage“, setze „Endlager“, Anlage

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „89“, setze „98“, Anlage

male Berliner Runde einsteigen, einige Fragen zum Einstieg.

Anfang der 1990er-Jahre wurden durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zwei Studien zu dem Thema „Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen Deutschlands“ in Auftrag gegeben. Das war 1991 die vom BMFT in Auftrag gegebene Studie „Untersuchung und Bewertung von Regionen in nichtsalinaren Formationen“. Die Studie wurde im November 1994 von der BGR fertiggestellt. 1992 wurde vom BMU eine Studie in Auftrag gegeben, die die Untersuchung und Bewertung von Salzformationen behandelte. An der Erarbeitung dieser Studie war unter anderem auch Dr. Paul Krull beteiligt. Die Studie wurde vom BGR im August 1995 festgestellt. Beide sind unter MAT B 50 und MAT B 49 vorhanden.

Zwischen dem BMFT, BMWi, BGR und BMU fand am 6. Februar 1992 im BMU in Bonn ein Gespräch zu dem Thema „Alternative Standorte für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle“ statt, bei dem es neben den genannten zwei Studien um fünf weitere BGR-Berichte ging. Laut Teilnehmerliste waren von BGR-Seite neben Dr. Raschka, Dr. Pahl, Dr. Blümel, Dr. Kockel - er war Autor und Projektleiter der Studie zu den Salzformationen - auch Professor Dr. Langer, also Sie, bei der Besprechung anwesend.

Bei den fünf weiteren BGR-Studien handelt es sich erstens um die „Bewertung von Salzformationen außerhalb Niedersachsens zur Errichtung von Endlagern“, zweitens die „Eignung von Salzstöcken in Niedersachsen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle“, drittens das „Konzept der Bundesregierung zur Untersuchung der Möglichkeit der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Granit“, viertens die „Bewertung der Salzformationen der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die Errichtung von Endlagern wärmeentwickelnder Abfälle“ und fünftens „Standortmöglichkeiten zur Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in nichtsalinen Formationen auf dem Gebiet der fünf neuen Bundesländer“. Sie alle sind unter MAT A 149 in Band 13 abgelegt.

Meine Frage ist nun: Was war aus Ihrer Sicht Anlass der beiden neuen Studien,

nachdem schon fünf vorhanden waren, also der neuen Studien, der Salzstudie von Dr. Krull von 95 und der Studie zu nichtsalinen Formationen von 1994?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Der Anlass war ganz klar: Nach der Wende und nach der Neuwahl gab es einen Koalitionsbeschluss, den die Ministerien, einerseits das Umweltministerium und das Forschungsministerium, umzusetzen hatten. Da stand drin, dass vorsorglich der Untersuchung von Gorleben, falls sich dabei die Nichteignung herausstellen sollte, Alternativstandorte, die untersuchungswürdig wären, untersucht werden sollten. Diese Untersuchungen wurden dann der BGR in Auftrag gegeben; denn die BGR war damals ja und ist heute noch die zentrale geologische Behörde für die Bundesregierung in deren Beratung. So war es also ganz natürlich, dass wir den Auftrag erhielten - mussten das auch, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, aus eigenen Mitteln übernehmen. So kamen die beiden Studien zustande. Für „nichtsalinar“ hat der BMFT uns beauftragt, das zu tun, und für „salinar“ das Umweltministerium.

Das war für mich der Anlass, die Koalitionsvereinbarung, wo Ersatzstandorte für den Fall, dass Gorleben - - So hieß es auch. Ich meine, wir hätten auch diese Art der Auftragsaufgabe in der Einleitung zu unseren beiden Berichten niedergeschrieben, warum wir diese Studien in dieser Form gemacht haben.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lüthmann: Danke schön. - In welcher Form waren Sie als Leiter der Unterabteilung an der Erstellung dieser Studie beteiligt?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Da muss man tatsächlich differenzieren. Die Granit-Studie vom Forschungsminister, die lief - deswegen war Herr Dr. Pahl da mit dabei - im Referat Felsmechanik, weil dort die Hartgesteine, das Know-how vorhanden war. Die habe ich voll mitverfolgt und begleitet. Die andere Studie lief bei Herrn Krull, also bei der Außenstelle. Der Herr Krull war mir nicht unterstellt, weil er nicht zur Endlagerung gehörte. Herr Kockel auch nicht; denn Herr Kockel war Strukturgeologe, zwar in der Abteilung, aber nicht in meiner Unterabteilung. Deswegen habe ich diese Studie nicht so direkt verfolgt, erst dann, als es darum ging, die Konsequenzen aus dieser Studie zu

ziehen. Ich weiß nicht, ob das deutlich geworden ist, der Unterschied; weil Sie nach der Unterabteilung gefragt haben, wo ich ja zuständig war.

Wichtig ist eben auch, meine ich: Wir hatten ja für Endlagerarbeiten die Titelgruppenstelle deswegen, weil die ja über die Industrie vorfinanziert waren. Da wurde eben beim Finanzminister eine Titelgruppenstelle eingerichtet. Diese Studien liefen nicht über diese Endlagerarbeiten, sondern das waren Forschungsarbeiten sozusagen in Ergänzung.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Habe ich Sie richtig verstanden? An der ersten Studie zu dem Thema Hartgesteine waren Sie relativ eng dran, weil die auch bei Ihnen lief, -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: - und die andere Studie zur Endlagerung in salinen Konstruktionen war Ihrer Zuständigkeit entzogen, und Sie haben sie erst im Abschluss gekriegt, und es ging dann darum: Was für Schlüsse sind daraus zu ziehen? Was für Ergebnisse muss man daraus ziehen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: So kann man das sagen, ja, obwohl natürlich immer ein Austausch war. Aber weil Sie direkt danach gefragt haben, muss ich das so sagen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Ich hatte die Besprechung angesprochen, die zu den ganzen sieben BGR-Studien gemacht wurde, also auch zu den zwei neuen, am 6. Februar 1992. Dort waren Sie anwesend. Können Sie sich daran erinnern und mir sagen, was das Ergebnis dieser Besprechung war?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich war anwesend. Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Wenn ich mich nicht vorbereitet hätte für die Sitzung und mir diesen Ergebnisvermerk, den ich hier vorliegen habe, von der BGR besorgt hätte, dann hätte ich mich wahrscheinlich nicht so erinnert, wie ich mich jetzt erinnern kann, wo mir einiges wieder eingefallen ist. Deswegen auch die Kenntnis, wie das mit der Finanzierung war; denn da-

rum ging es im Wesentlichen bei dieser Sitzung.

Die Vorstudien, die da ja schon gelaufen sind, das ist ja in dem Bericht, in dem Gutachten von dem Herrn Krull auch aufgeführt, auf welcher Basis und wie die dann in die neue Studie eingeflossen sind.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Was war nun der Hintergrund und das Ergebnis dieser Besprechung? Warum sind Sie damals zusammengekommen? Sieben Studien lagen vor.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, also,

es ging einmal um die Finanzierung. Man wollte das wohl auch in einer zusammenfassenden Form haben. Und - - Weiß ich nicht.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich weiß nicht, diese Vorstudien, die sieben, ob die auch schon auf der Basis im Zuge dieser Koalitionsvereinbarung beauftragt worden sind, ob das schon so Voruntersuchungen waren. Das kann ich jetzt nicht sagen. Das weiß ich nicht mehr.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Aber in diesem Treffen ging es nicht darum, ein Fazit zu ziehen oder so was?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nein, nein.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Es ging also rein um administrative - -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das

war sozusagen die Basis, der Ausgangspunkt.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Für die 1995 von der BGR veröffentlichte Studie betreffend Salzstrukturen in den alten und neuen Bundesländern wurden insgesamt 41 Salzstrukturen in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein untersucht. Gesehen wurde in der Studie nicht untersucht. Das war auch nicht Auftrag. Für die Studie wurden Literatur- und Archivdaten für das gesamte Bundesgebiet unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgewertet. Die hier vorgestellte Studie stellt die Kriterien für eine Vorauswahl unter-

suchungswürdiger Salzstrukturen dar und beschreibt und bewertet anhand von Literatur- und Archivmaterial aus geowissenschaftlicher Sicht für die Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle möglicherweise geeignete Strukturen. Wir haben diese Studie unter MAT B 49 vorliegen.

Felduntersuchungen vor Ort wurden nicht durchgeführt. Wir haben auch schon mehrmals über die Pressemitteilung des BMU vom 28. August 1995 geredet: Bundesumweltministerin Merkel stellt Studie zu Ersatzstandorten für nukleare Endlager vor. - Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 51 bis 53.

Der Zeuge und Mitautor der Studie Dr. Paul Krull führte hier in seiner Vernehmung am 26. April 2012 zu den Schlussfolgerungen dieser Studie aus:

... dass wir damit zum Ausdruck bringen wollten, dass es die 100 Prozent makellose Struktur nicht gibt.

Weiter sagte er dann:

Die makellose Struktur gibt es nicht, und das makellose Wirtsgestein, das alle Kriterien optimal erfüllt, gibt es auch nicht.

Das ist ein Zitat aus dem stenografischen Protokoll.

In einem handschriftlichen Vermerk von Dr. Busch aus dem BMFT zu der erwähnten Besprechung vom 6. Februar 1992 heißt es im Hinblick auf die Salinarformationen:

Dieser Bericht kann Folgearbeiten vorschlagen, um die wissenschaftliche Belastbarkeit der Aussagen zu untermauern.

Das ist aus MAT A 149, Band 13, Paginierung 101 bis 107.

Meine Frage ist jetzt: Warum erfolgten diese Untersuchungen nur anhand von Literatur- und Archivmaterial und nicht anhand von Felduntersuchungen vor Ort? Die Folgefrage ist: Sind denn die Ergebnisse dieser Studie auch wissenschaftlich belastbar, oder hätte man nicht erst Folgearbeiten machen müssen, wie Herr Dr. Busch es anregte, um belastbare Ergebnisse zu erhalten?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Die Ausgangsposition für die Studie war ja klar: Es sollten wirklich neue Erkenntnisse, die man erstmals aus den Archiven aus dem Osten, also DDR, zentralgeologischer Dienst, hatte, die dann zur BGR nach der Wende

zugeschlagen worden sind, ausgewertet werden, neuere Ergebnisse von Bohrungen usw., reflexionsseismische Ergebnisse. Das war der Ausgangspunkt, also das vorhandene Material erst mal zu sichten. Dann hat man also diese Studie gemacht, und das Ergebnis liegt vor. Möglicherweise werden wir darüber noch etwas genauer sprechen müssen. Das war der Ausgangspunkt.

Die Schlussfolgerung, die die Politik dann gezogen hat, die ist Ihnen dann ja wohl auch bekannt. Es war ja dann die Pressekonferenz wohl von der damaligen Umweltministerin und die Information über diese ganzen Dinge an den Bund-Länder-Ausschuss.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Danke schön. - Die Frage war aber auch: Sind die Ergebnisse - - Sie sagen ja jetzt: Wir haben das zusammengestellt, was wir wussten, also was wir vorher noch nicht zusammenstellen konnten, weil es ja auch Archive waren, die vorher nicht zugänglich waren; jetzt haben wir mal alles, was wir hatten, zusammengeschmissen. Die Frage ist: Sind mögliche Ergebnisse - -

Jetzt schließe ich meine nächste Frage an. Sie haben ja schon erwähnt, dass da Schlussfolgerungen gezogen wurden. Wie ist man innerhalb der BGR mit diesen Schlussfolgerungen umgegangen? Sind aus einer Studie, die lediglich vorhandenes Material zusammenschreibt und eben keine Vor-Ort-Folgearbeiten leisten konnte - - Ist es dann sachgerecht, wissenschaftliche Schlüsse daraus zu ziehen, und wie haben Sie in der BGR die Schlüsse, die dann auf der Pressekonferenz auch gezogen wurden, bewertet?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe ja gesagt: Es sollten untersuchungswürdige Salzstöcke herausgefunden werden, die als Ersatzstandorte zur Verfügung stehen könnten, wenn Gorleben sich als nicht geeignet herausstellen konnte. Es war ja damals, 96, 97 oder 95 oder - - Seit Beginn der untätigen Erkundung und der obertägigen Erkundung wurde von der BGR und von allen - ob BfS -, den Beteiligten, Gorleben als eignungshöflich bezeichnet. Das hieß für uns: Es lohnt sich, weiter zu untersuchen. Man wird den Eignungsnachweis zu gegebener Zeit führen können, wenn die untätige Erkundung abgeschlossen ist und Sicherheitsnachweise erfolgt sind. Insofern hätte man aus meiner Sicht weitere Untersuchungen dann rechtfertigen können - damals

auch -, wenn Anzeichen da gewesen wären, dass das doch schwieriger wird, als zu dem damaligen Zeitpunkt bekannt war, den Nachweis zu führen. Insofern war aus BGR-Sicht keine Untersuchung vertiefter Form notwendig.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke. - Im November 1994 stellte die BGR im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine Untersuchung und Bewertung von Regionen in nichtsalinen Formationen für die Endlagerung stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle fertig. Der Bericht stellt die Ausschlusskriterien für eine Vorauswahl der gesamten kristallinen Vorkommen in Deutschland dar und beschreibt und bewertet anhand von Literatur- und Archivmaterial potenziell geeignete Vorkommen. Von 28 potenziell geeigneten kristallinen Vorkommen in Deutschland sollten vier in die weiterführende Diskussion einbezogen werden. Das waren bayerische Kristalline, Erzgebirge/Vogtländische Schiefergebirge, Lausitzer Scholle und Halle-Wittenberger Scholle. Als Sachbearbeiter der Studie Hannover wurden Dr. Bräuer und Diplomingenieur Sprado vom Referat Felsmechanik und Baugeologie ausgewiesen. Die Berichte dienten ebenfalls der Untersuchung von Ersatzstandorten zu einem Endlager Gorleben. Das ist MAT B 50 und MAT A 136.

Die Frage ist: Warum wurden im Auftrag des BMFT Ersatzstandorte zu einem Endlager Gorleben nur im nichtsalinen Bereich untersucht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das war ja in Ergänzung zu dem Salinarbereich. Warum die Ministerien da in der Beauftragung unterschiedlich gewesen sind, hat vielleicht historische Gründe. Wir hatten, soweit ich mich erinnere - ich kann es aber jetzt zeitlich nicht mehr genau einordnen -, für den Forschungsminister Hartgestein untersucht. Wir hatten ja auch - - Unsere Beteiligung in Grimsel war ja auch im Hartgestein und in Schweden bei denen. Das war also mehr aus Forschungsgründen, um auch die Vergleiche zu ziehen: Was machen die internationalen Kollegen im Hartgestein? Wir haben ja auch Hartgestein. Das war noch mehr auf der Forschungsbasis, als das vielleicht im Salinar war, weil die ganzen Forschungsuntersuchungen im Salinar ja damals ganz gezielt vorangetrieben worden sind, notwendiger-

weise. Das hat also wahrscheinlich historische Gründe.

Aber in dieser Sitzung, meine ich, die Sie erwähnt haben, Februar 92 war das, glaube ich - nicht? -, waren ja beide Ministerien vertreten. Der Forschungsminister hat den Auftrag für das Wirtsgestein gegeben, weil er ja auch forschungsmäßig am Grimsel beteiligt war, und Umweltminister im Salz, weil da die Vorgänge liefen, was alles mit Salz war, und der Wirtschaftsminister, wo wir dazugehören, der durfte das dann bezahlen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Prima. - Wir haben eine Vorlage des Zeugen Dr. Bloser vom 19. Mai 1995 an die damalige Ministerin Merkel. Dort heißt es:

Mit Recht weist der BGR z. B. beim Salinarbericht darauf hin, dass es für die Einschätzung einzelner Parameter bei manchen Strukturen gegenwärtig der Kenntnisstand für eine hinreichend untermauerte Vorauswahl nicht ausreicht und weiterführende Untersuchungen eine andere Bewertung ergeben könnten.

MAT A 136, Band 8, Paginierung - ganz toll! - 267143.

Im Gegensatz hierzu wird in einem Schreiben des Zeugen Dr. Bloser an die Ministerin Dr. Merkel vom 2. Juni 1995 formuliert:

Als wesentliche Ergebnisse der Präsentation kann festgehalten werden, dass aus geowissenschaftlicher Sicht eine Vorauswahl sowohl aus untersuchungswürdiger Ersatzstandorte für ein Endlager stark wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle im Salz als auch unter untersuchungswürdigen Ersatzregionen für ein Endlager in kristallinem Gestein erfolgt ist.

Das ist MAT A 136, Band 8.

Meine Frage nun ist: Haben die beiden durchgeführten Studien, also die eine in Saline und die andere in Nichtsaline, nun eine hinreichend untermauerte Vorauswahl ergeben oder nicht? Denn da haben wir ja zwei unterschiedliche Meinungen.

Und wenn es eine hinreichend untermauerte Vorauswahl gegeben hat, ist meine Frage dann: Warum hat es dann kein Ranking gegeben? Wenn eine Vorauswahl getroffen wird, muss ich ja dann möglicherweise auch sagen, was geeignet oder geeigneter ist und was nicht.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich glaube, was die Granit-Studie anbelangt, die hat ja in dem Zusammenhang nicht diese entscheidende Rolle gespielt, weil ja allen klar war - das war ja auch eine Empfehlung der BGR, damals noch Bundesanstalt für Bodenforschung, und des damaligen Präsidenten Martini und Vizepräsidenten Richter-Bernburg -, dass im Grunde genommen das Salz für die deutschen Verhältnisse, die Salzstöcke die besten Voraussetzungen geben von allen anderen geologischen Medien, die wir in Deutschland haben, die Sache nach dem damaligen Kenntnisstand anzugehen. Das muss man immer dazusehen. Insofern war jetzt also - - Ich möchte mich jetzt trennen von dem, wenn das Ihrem auch entspricht; sonst müssten wir extra darüber reden.

Aber was die Salzstudie anbelangt: Ein gewisses Ranking ist ja vorgenommen worden. Man hatte ja sozusagen von den vielen, die man da hatte, westliches und östliches Deutschland, was da alles zusammengekommen ist. Man hat aber schon eine Auswahl getroffen, indem man sagte: Es hat sich bewährt, nach den großen Salzstöcken zu suchen, die eine gewisse Gewähr geben, dass man das Steinsalz in angehäufter Form in genügendem Maße finden wird.

Wenn ich das also richtig in Erinnerung habe - jetzt müsste ich das hier nachschlagen -, hat ja Herr Krull dann von den verschiedenen Kriterien, die da zugrunde gelegt worden sind - - Und dann sind diese vier Strukturen rausgekommen: Thedinghausen möglicherweise, Wahn, Waddekath und Zwischenahn. Die waren also jetzt die günstigsten von allen anderen, die da waren. Das ist schon ein gewisses Ranking, sage ich mal.

Was nicht vorgenommen worden ist - das ist natürlich; da haben Sie recht -: Es sind ja verschiedene Kriterien zugrunde gelegt worden.

(Unruhe)

- Stimmt was nicht?

(Eckhard Pols CDU/CSU): Nein, alles in Ordnung!

- Ich fühlte mich gerade gestört.

(Eckhard Pols (CDU/CSU): Entschuldigung!)

Es sind verschiedene Kriterien, eine ganze Menge Kriterien, die hier auch aufgeführt

sind in der Studie. Wie gewichtet diese Kriterien sind, das ist nicht vorgenommen worden.

Ich darf eben nur mal sagen, dass eigentlich das entscheidende Kriterium, nämlich der einschlusswirksame Wirtsbereich, das Wirtsgestein, also die massierten - - das Wort³ Steinsalze in einem Salzstock - - dass die eigentlich gar nicht so richtig bewertet werden konnte. Denn die kann man nur bewerten, wenn man untertägige Erkundung hat. Die untertägige Erkundung hatte man durch die Schächte und die Vorbohrungen usw. eben nur in Gorleben. Herr Krull hat das so oder so auch erkannt. Bei diesen bevorzugten Salzstöcken schreibt er:

Ein stark deformiertes Innengefüge

- das heißt also, das wäre das ungünstige, was man hat, wenn also das Innengefüge durchfaltet ist, sodass Anhydritschichten und Steinsalzschieben so durcheinandergelassen, dass man diese massiven Ansammlungen nicht hat -

und damit möglicherweise das Fehlen ausreichender, reiner Steinsalzvolumina ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit für die Struktur Thedinghausen, möglicherweise auch für die Strukturen Wahn, Waddekath und Zwischenahn

- also die Bevorzugten nach den Kriterien, die bei so einer Vorauswahl zugrunde gelegt werden -

zu befürchten.

Dass diese Befürchtung in Gorleben zum Beispiel nicht eingetreten ist, das ist eigentlich, wenn Sie so wollen, ein Glücksfall oder eine kluge Entscheidung von denen, die damals Gorleben ausgesucht haben.

Mit anderen Worten: Eine Weiteruntersuchung, um jetzt vielleicht den Vergleich mit Gorleben noch mal irgendwie gewichtiger zu machen als Ersatzstandort, um Zeit zu gewinnen und nicht jetzt erst zu warten und dann einen von den Salzstöcken zu nehmen, das hätte eine untertägige Erkundung vorausgesetzt mit allen Kosten und das, was - - Und das war einfach nicht zu begründen, auch nicht von der BGR, die ja immer gerne untersucht hat, also davon abgesehen.

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage jetzt beantwortet habe.

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das Wort“, setze „Staßfurt-“, Anlage

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ja. - Es geht mir jetzt um den Bericht. Es hat Dr. Bloser in einem Schreiben vom 2. Juni 1995 nach der Präsentation am 31. Mai 1995 festgestellt:

BGR wird bis Ende Juni 1995 entsprechend überarbeitete neue Entwürfe vorlegen. Angesichts der Überarbeitungsbedürftigkeit der Berichtsentwürfe wurde mit BGR vereinbart, die Berichtsentwürfe weiterhin nicht nach außen zu geben.

Das ist MAT A 136, Band 8, Paginierung 267171 f.

Die Frage, die ich jetzt habe, ist: Dort wurde die Präsentation angesprochen vom 31. Mai. Was haben Sie dort präsentiert? Was wurde da besprochen? Dann natürlich stellt sich uns die Frage: Worin bestand denn die Überarbeitungsbedürftigkeit der Berichtsentwürfe, und welche Anpassungen wurden dann vorgenommen, und warum durften die vorher nicht nach außen gegeben werden?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Generelle Bemerkung vorweg: Entwürfe nach außen geben - ich weiß nicht, ob das üblich ist, in welchem Zusammenhang das üblich sein sollte. Ich bitte um etwas Geduld, ob ich das finde.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das lief damals über den Abteilungsleiter Blümel, weil das ja die Salzstruktur - - Deswegen habe ich das erwähnt. Herr Krull gehörte ja nicht in meinen Bericht.

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Es geht auch um Ihre Erinnerungen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Soweit ich mich erinnere, habe ich an dieser Sitzung - - Habe ich an dieser Sitzung teilgenommen? Geht das aus Ihrer Unterlage hervor? Jedenfalls, ich kann mich da nicht dran erinnern.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Nein, Sie haben nicht teilgenommen. Aber es war ja dann verlangt worden, dass der Entwurf noch einmal verändert wird, -

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ja, ja.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: - dass er überarbeitungsbedürftig ist. Überarbeitungsbedürftig beinhaltet nach meiner Meinung auch eine Wertung. Und dann musste er ja überarbeitet werden. Und auch, wenn Sie an der Besprechung nicht teilgenommen haben, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass das ja wohl Gespräch war. Da Sie ja auch zumindest dann den überarbeiteten Entwurf noch einmal gesehen haben werden - - Oder wenn Sie mir jetzt sagen, den haben Sie nicht gesehen, dann erübrigt sich natürlich die Frage, und wenn Sie auch nicht darüber geredet haben, warum der denn überarbeitungsbedürftig war, erübrigt sich das nicht. Aber können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen: Was war das Überarbeitungsbedürftige, und was wurde geändert?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe Sie verstanden. - Das eine ist geklärt: Ich habe da nicht teilgenommen.

Das Zweite ist, dass mir die Antwort auf diese Sitzung von Herrn Blümel vorliegt. Ich glaube, das ist klar, was da geändert worden ist:

Absprachegemäß übersenden wir Ihnen zwei Exemplare der zweiten Entwurfsfassung des o. a. Berichtes.

Das Einleitungskapitel, das jetzt verbal stark an das des Kristallinberichtes anlehnte, wurde neu gefasst. Weil es ja für beide Studien dieselbe Ausgangsbasis war, da wurde in der Einleitung dann dargelegt: Wie sieht es mit Konrad aus? Was ist das Entsorgungskonzept? Wie ist die Studie einzuordnen? Ersatzstandorte, untersuchungswürdige usw.

Das Kapitel über Salzformationen in Norddeutschland wurde erweitert und dabei besonders auf die Eignung/Nichteignung der Salinare eingegangen, die nicht dem Zechstein zugeordnet sind. Das ist also eine Ergänzung. Zum Zechstein gehört das Staßfurt-Steinsalz, von dem ich gesprochen habe. Das ist also eine Ergänzung und nichts Wesentliches, das dazugehört.

Das Schlusskapitel wurde völlig neu konzipiert und mit einer Tabelle 14 angereichert. Die Tabelle 14 ist genau die Tabelle, die

sozusagen alles wunderbar zusammenfasst. Das ist also auch zum besseren Verständnis der ganzen Studie eine sinnvolle Änderung. Nämlich diese Tabelle 14 nimmt eine Klassifizierung der Salinarstrukturen vor. Und diese Tabelle weist vier Strukturen auf, die den Vorgaben voll - nämlich Waddekath, Wahn, Zwischenahn mit den Einschränkungen, die ich Ihnen aus der Studie zitiert habe - bzw. annähernd voll erfüllen; das ist also Gülzsumte.

Und dann kommt ein Satz, den ich mir hier notiert habe und der für Ihren Untersuchungsausschuss vielleicht von Bedeutung ist und die Meinung der BGR darstellt:

Wir stellen noch einmal ausdrücklich fest, dass aus unseren Untersuchungen

- also Studie Krull -

keine Vergleiche mit Gorleben gezogen werden dürfen. Der Erkenntnistiefgang ist zu unterschiedlich. Wenn der Eindruck während der Sitzung am 31.05. entstanden sein sollte, dass solche Vergleiche möglich sind, dann entspricht dies nicht den Gegebenheiten.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Insbesondere der letzte Satz leitet über auf den zweiten Fragenkomplex, den ich noch vor der Berliner Runde stellen möchte. Und zwar gehe ich jetzt ein auf die Pressemitteilung, die Sie ja auch schon angesprochen haben, dass wir da noch darüber reden werden, vom 28. August 95. Da wurden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit dargestellt. In der Pressemitteilung heißt es unter der damaligen Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel:

„Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl“ ...

Und weiter: In dieser Studie

... kommt die BGR zu dem Ergebnis, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit besteht, Ersatzstandorte zu Gorleben zu untersuchen ... Daher empfiehlt die BGR, die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben fortzusetzen.

Wie erklären Sie sich jetzt, auch insbesondere nach dem letzten Satz, den Sie eben vorgelesen haben, diesen Hinweis in der Pressemitteilung, dass die BGR zu dem Ergebnis gelangt ist, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit besteht, weitere Erkundungen zu machen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich meine, die Erklärung liegt auf der Hand. Der Vergleich mit der Studie Krull und Gorleben, das habe ich erläutert, und das steht ja auch in der Antwort von der BGR drin. Der Kenntnisstand vor allen Dingen, was die untertägige Erkundung oder des Strukturaufbaus des Salzstocks Gorleben anbelangt im Gegensatz zu allen anderen, lässt diesen Vergleich nicht zu, sozusagen einzuordnen Gorleben in eine irgendwie infrage zu stellende, untersuchungswürdige oder voll untersuchungswürdige oder zum Teil untersuchungswürdige Studie. Das ist der eine Punkt.

Was in der Tat damals gelaufen ist - das weiß ich also dann auch noch ziemlich genau -: Als die Studie bekannt wurde und durchsickerte, obwohl wir darauf Wert gelegt haben, gar keine Entwürfe irgendwie bekannt zu geben, um nicht Unruhe reinzubringen - - Denn die Unruhe ist ja dann in der Tat gekommen: Die BGR hat neue Standorte vorgeschlagen, sowohl in Süddeutschland als auch in Norddeutschland. Ich weiß nicht, wie viel Anrufe ich persönlich bekommen habe von Bürgermeistern und so: Unser Salzstock ist doch da erwähnt. Hat die Bundesregierung vor, jetzt hier ein neues Endlager zu errichten? - Das war also ein gewisser Druck von politischer Seite. Der Druck war offensichtlich politisch auch so hoch auf die Bundesregierung von Länderseite, dass der Bundeskanzler damals mit seinen Kollegen auch Stellung dazu genommen hat, und es war ein Sprechzettel vorzubereiten gewesen vom Ministerium für diese Sitzung. Das war wohl - -

In diesem Zusammenhang, weil es eben Studien der BGR waren, ist die BGR mit den jeweiligen Entwürfen, wie so was zustande kommt, also auch für die Presseerklärung der Umweltministerin, gefragt worden: Wie sieht es denn nun aus? Müssen wir jetzt, oder können wir nicht? Wie sieht's denn aus? Ist Gorleben jetzt, die Eignungshöflichkeit, irgendwie infrage gestellt? Und so weiter.

Das haben wir damals immer wieder neu bestätigt, dass wir keine Veranlassung sehen, bei Gorleben nicht weiterzumachen.

Das war der Standort, der von Niedersachsen damals - - der einzige, der vorgeschlagen worden ist. Der Bund hat sich damals schwergetan wegen der Grenznähe, den zu nehmen - nicht aus wissenschaftlichen Gründen, sondern wegen dieser Dinge -, hat dann notwendigerweise akzeptieren müssen, dass Gorleben - - überhaupt im Sinne der Entsorgungsvorsorge da voranzukommen.

Für die BGR und für das BfS gab es überhaupt keinen Zweifel, dass nicht unabhängig von den Ergebnissen dieser Studie an Gorleben weitergearbeitet wird, sodass also sowohl der Bundeskanzler, seine Ministerpräsidentenkollegen als auch die damalige Umweltministerin mit Zustimmung der BGR und des BfS diese Entscheidung dann bekannt gegeben haben.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Danke schön. - Aber in meinem Verständnis gibt es einen Unterschied zwischen einer Empfehlung, Gorleben nicht weiter zu erkunden. Das würde ja heißen: Erkundungsstopp von Gorleben. Aber davon hat eigentlich keiner geredet, sondern - -

Der Satz, den ich vorgelesen habe: „... kommt die BGR zu dem Ergebnis, dass aus geowissenschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit besteht, Ersatzorte zu Gorleben zu untersuchen“, das beinhaltet ja nicht unbedingt, dass ich Gorleben nicht mehr untersuche, sondern es war ja nur die Frage: Soll ich parallel zu Gorleben etwas anderes untersuchen? Da war die Aussage - - Das, was Sie eben begründet haben, war immer die Aussage: Nein, wir müssen Gorleben weiter erkunden. - Das habe ich verstanden.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten

Lühmann: Aber die Aussage in der Presseerklärung war: Es besteht keine Notwendigkeit, neben Gorleben auch etwas anderes zu untersuchen. - Das ist in Ihrer Studie gar nicht beschrieben worden, weil Sie sich in der Studie mit Gorleben gar nicht beschäftigt haben.

Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie hinterher, nach der Studie, gefragt wurden: Aus Ihrer Sicht, müssen wir parallel jemanden untersuchen? - Das haben Sie nicht gemacht.

Ich möchte jetzt auf einen zweiten Punkt kommen, der auch in dieser Pressekonferenz für Aufregung gesorgt hat. Zur Pressemittei-

lung führte der Zeuge Dr. Bloser in seiner Vernehmung am 9. Februar 2012 aus:

Ich habe auch sogar diese Pressekonferenz mit vorbereitet. Ich habe, denke ich, auch an der Presseerklärung mitgewirkt. Bloß war da - sage ich mal - gewissermaßen ein Satz dann möglicherweise drin, der da gesagt worden war, der also nicht von mir stammte.

- Klammer auf: Das war dieser Satz: Gorleben bleibt die erste Wahl. - Jetzt wieder Zitat:

Aber er hat natürlich dann eben insofern für Aufregung gesorgt, all-dieweil dann natürlich auch Leute bei der BGR angerufen haben und dann gesagt haben: „Was, hier? Da haben wir die Aussage vom BMI, Gorleben sei der beste Standort“, und die BGR natürlich sagte: Nein, das haben wir nie gesagt.

Dann hat Herr Krull in seiner Vernehmung vom 26.04. dieses Jahres gesagt, zu demselben Presseerklärung, auch zu demselben Zitat:

Ich würde vielleicht nur nicht von „erster Wahl“ gesprochen haben. Aber gut; das ist ihre Sache,

- Klammer auf: er meinte die Ministerin; Klammer zu -

wie sie das formuliert hat.

Dazu jetzt meine Fragen: Ist Ihnen bekannt, auf welche Informationen sich die Aussage der Pressemitteilung des BMU, Gorleben bleibt erste Wahl, stützt? Weil Sie ja zu uns gesagt haben: Die Studie hat überhaupt nicht den Auftrag, Gorleben zu betrachten, hatte auch nicht den Auftrag, Vergleiche mit Gorleben zu machen, weil man diese Vergleiche - das haben Sie ja eben auch gesagt - gar nicht ziehen kann. Auf welche Informationen hat sich diese Aussage gestützt?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich glaube, Sie haben da den Finger in die richtige Wunde gelegt. Es ist in dieser - ich nehme an, wir meinen dieselbe - Pressemitteilung vom 28.08. folgende unglückliche Verquickung: Es ging um die Studien der BGR. Das ist klar. Und es ging um eine Aussage, die gemacht werden soll. Die Verquickung dieser beiden Dinge, das sind zwei verschiedene Sachen, die die BGR in der Tat geliefert hat - insofern ist es wieder richtig -: einmal die

Studie, die da auch vorgestellt worden ist in dieser Pressekonferenz, und die Dinge, die in der Vorbereitung der Pressekonferenz - - Sie haben Herrn Bloser erwähnt. Das war genau unsere Kontaktperson, mit dem wir Text ausgetauscht haben. Er hat uns gefaxt, und wir haben gesagt: Dem stimmen wir so zu - - oder sollte man das so und so machen. Das ist erfolgt.

Bei all diesem Vorbereiten und der Stellungnahme der BGR zu diesen Dingen blieb immer dahinter das, was ich vorgelesen habe. In diesem Sinne ist kein Vergleich mit denen zu machen. Dass jetzt diese Verquickung erfolgt ist, das ist vielleicht politisch zu verstehen. Wissenschaftlich ist das vielleicht nicht so glücklich formuliert. Insofern würde ich auch so sehen: Gorleben bleibt erste Wahl. Wir hatten ja überhaupt keine Wahl. Gorleben war ja das Einzige, was wir untersucht haben. Insofern ist das sowieso unglücklich, nicht? Aber mir steht es nicht an.

Die Ministerin wird damals Gründe gehabt haben. Das ist schlagkräftig und so. Und damit sind alle Einwände der Bürgermeister und so - - Ihr braucht keine Sorgen zu haben: Gorleben bleibt erste Wahl. Damit war doch das politische Ziel erreicht. Entschuldigung, wenn ich das so jetzt in Ihren Beritt hineinrede. Aber ich glaube, ich habe deutlich gemacht, wie das zustande gekommen ist: Das ist eine unglückliche Verquickung. Aber die Aussagen, die BGR hat das und das - - Das stimmt; die hat die BGR gemacht in Vorbereitung der Pressemitteilung.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Als Letztes gehe ich noch mal auf das Vorfeld dieser Presseerklärung ein. Da gab es Kontakte zwischen dem BMU und der BGR. Und zwar in einem Entwurf der Presseerklärung wurde am 17. August 1995 an die BGR gefaxt. Sie haben diesen Faxkontakt auch erwähnt. Darin lautete der ursprüngliche Formulierungsvorschlag seitens des BMU:

Als untersuchungswürdig hat die BGR von 41 insgesamt betrachteten salinaren Körpern die vier Salzstrukturen

Waddekath ...,
Wahn ...,
Zwischenahn ...,
Gülze-Sumte ...

ausgewiesen. Auch diese Salzstrukturen erfüllen nach Auffassung

der BGR nicht alle Aspekte optimal. Eine solche Forderung wird allerdings auch in der internationalen Fachwelt nicht erhoben. Vielmehr kommt es darauf an, dass die Schutzziele an dem ausgewählten Standort erfüllt werden. Nach den vorliegenden Kenntnissen ist dies bei Gorleben der Fall.

Paginierung 197.

Der letztgenannte Satz wurde von der BGR handschriftlich korrigiert und durch die Formulierung ersetzt:

Den bei der Auswahl zugrunde gelegten Kriterien wird neben den genannten vier Strukturen auch der Salzstock Gorleben gerecht.

Die korrigierte Fassung wurde von Abteilungsleiter Dr. Blümel an das BMU gefaxt. Diese Formulierung wurde - vermutlich vonseiten der BGR - handschriftlich in roter Farbe später hinzugefügt:

Dieser Satz von uns wird vom BMU nicht akzeptiert. Es will bei der alten Formulierung bleiben.

Ist Ihnen als damaliger Unterabteilungsleiter und ständiger Vertreter des Abteilungsleiters, von Professor Dr. Blümel, dieser Vorgang bekannt, und können Sie uns sagen, warum diese Korrektur damals nicht akzeptiert wurde?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das tut mir leid. Ich kann weder ausschließen, dass Herr Blümel mit mir Rücksprache genommen hat, um das zu formulieren, noch kann ich, dass er das nicht getan hat. Ich kann mich einfach daran nicht erinnern, weil es auch aus meinen Akten nicht hervorgeht. Es ist natürlich klar, wenn ich nur die Endfassung jetzt hier mithabe. Das ist mir nicht bekannt. Tut mir leid. Ich hätte das gerne - - Ich kann natürlich eine Stellungnahme dazu abgeben. Aber das ist ja nicht die Sache eines Zeugen, wenn ich mich nicht erinnern kann.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Das ist völlig richtig. Anderenfalls würden Sie auch Probleme bekommen, wenn Sie etwas sagen, an das Sie sich nicht genau erinnern und das eventuell nicht den Tatsachen entsprechen könnte.

Dann habe ich keine weiteren Fragen und gebe das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Probleme bekommen Sie auch, wenn wir eine Plauderstunde machen und nicht eine präzise Aussage zu Sachverhalten.

(Ute Vogt (SPD): Was ist denn das für ein Ton?)

Ihre Aussage, „der Salzstock Gorleben bleibt erste Wahl“, sei ja schon deswegen merkwürdig, weil es gar keine Alternative gebe, werden Sie jetzt wieder bei einigen Pressemitteilungen der Opposition lesen. Ich möchte gerne mit Ihnen herausarbeiten, weshalb der Satz wahrscheinlich sogar großen Sinn gemacht hat. Es gibt nämlich nicht nur diese Pressemitteilung.

(Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Können wir jetzt mal vernünftig hier Untersuchungsausschuss machen? Ich möchte Sie bitten, Frau Vorsitzende, dass ich nicht unterbrochen werde.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Aber eine Suggestivfrage stellen!)

- Nein. Ich hatte noch gar keine Frage gestellt, Herr Miersch. Deswegen kann ich auch keine Suggestivfrage gestellt haben.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Doch! Der Vorspann ging in die Richtung!)

- Ja. Weil ich ja Ihre Art, hier im Untersuchungsausschuss zu operieren, kenne und darauf den Zeugen hinweisen möchte.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Art ist jedenfalls nicht zu toppen!)

Es gibt eine Pressemitteilung vom 18. - - Darf ich jetzt mal vielleicht meine Frage in Ruhe stellen?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Es wäre schön, wenn die Frage jetzt gestellt werden könnte. Es wäre aber auch schön - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie, Frau Vorsitzende. Sie haben hier ellenlange Monologe gemacht und Sachverhalte vorgelegt. Das möchte ich jetzt auch gern tun, weil wir nämlich - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird auch noch die Vorsitzende kritisiert!)

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Herr Grindel, ich bin hier die Vorsitzende, ob es Ihnen passt oder nicht. Wenn ich Ihnen gerade das Wort verschaffen wollte, weil wir hier einige Zwischenrufe haben, aber das Ihnen auch nicht passt, dass ich Ihnen das Wort verschaffe, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mir passt nicht, dass Sie mich - -

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: - dann wird es etwas schwierig im Fortgang. Ich bitte Sie, dass wir bei der Sachlichkeit, die wir auch vorher in der nicht-öffentlichen Beratungssitzung hatten, bleiben, dass Sie jetzt in Ruhe Ihre Frage vortragen und dass wir das mit möglichst wenig Unterbrechungen und Polemik hinkriegen. - Danke schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich trage hier keine Frage ausschließlich vor, sondern genau wie Sie halte ich dem Zeugen Akten vor, und zwar den Vorhalt aus dem BGR-Material, das uns übersandt worden ist. Das ist MAT A 218/2, hier der Vorgang - - Das ist eine Pressemitteilung vom 18. Juli 1995, also gut fünf Wochen vor der Pressemitteilung, um die es in der Vernehmung eben ging. Auch dort hat die Studie schon eine Rolle gespielt. Aber eben nicht nur sie, sondern Äußerungen des damaligen baden-württembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer von der SPD.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein guter Mann!)

- Wir kommen gleich dazu, wie gut der Mann ist.

In dieser Pressemitteilung, die Sie möglicherweise nicht haben - deswegen möchte ich Ihnen einen Teil vorlesen - heißt es:

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir die Paginierung haben?)

- Das ist die Seite 10 aus dem - - Das ist das zusätzliche heutige Material, das wir bekommen haben. Das ist MAT A 218/2, Einzeldokumente siehe Schreiben vom 07.05.2012.

So, und dort gibt es eine Pressemitteilung des BMU auch zu der Untersuchung für Ersatzstandorte für nukleare Endlager. Dann heißt es in der Unterzeile:

Bundesumweltministerium hält Verunsicherung der Bevölkerung durch den baden-württembergischen Umweltminister für verantwortungslos

Bereits in dieser Pressemitteilung kommt die BGR zusammenfassend zu dem Ergebnis, wie dann wohl später am 28. August auch:

- Die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben sollten fortgesetzt werden.
- Es besteht keine Notwendigkeit, Ersatzstandorte zum Salzstock Gorleben zu untersuchen.

Aber dann geht es eben weiter:

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt. Entgegen den Behauptungen des baden-württembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer enthält diese vorsorgliche Untersuchung keine Empfehlung für mögliche Standorte in Baden-Württemberg.

Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel:

- Zitat -

„Dieser Auffassung schließe ich mich vorbehaltlos an. Ich halte es für verantwortungslos, wenn diese höchst vorsorglichen Arbeiten, die auch von der politischen Opposition immer gefordert wurden, nun vom baden-württembergischen Umweltminister benutzt werden, Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung mit der Behauptung zu wecken, in ihren Lebensräumen würde die Eignung von Ersatzstandorten zu Gorleben untersucht. Solche Behauptungen sind nur vorgezogene Wahlkampfmanöver. Worauf es jetzt ankommt, ist vielmehr, die untätige Erkundung des Salzstockes Gorleben zu unterstützen. Von daher wäre es wünschenswert, wenn die übrigen Länder auf die Landesregierung Niedersachsens hinwirkten, die Entscheidungen weiter mitzutragen, die seit 1979 - auch unter der von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung - getroffen worden sind.“

Erinnern Sie sich an den Vorgang, dass dort offenbar im Rahmen der Veröffentlichung dieser Studie nicht nur, wie Sie es

gesagt haben, Bürgermeister angerufen haben, sondern, wie in diesem Fall, ein SPD-Landesminister auch Verunsicherung in seiner Bevölkerung mit dieser Studie getrieben hat?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich erinnere mich. Ich habe auch mir rausgesehen, was damals gelaufen ist. Und das ist das, was ich erwähnt habe, der Sprechzettel für den Bundeskanzler. Das ist mit uns in der Tat abgesprochen. Und wenn es die Zeit erlaubt, um der Gerechtigkeit willen: Was wollte in Vorbereitung dieser Sitzung mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten die Bundesregierung von der BGR wissen? Und da wurde kurz noch mal auf die Koalitionsvereinbarung hingewiesen in diesem Sprechzettel - Standorterkundungen usw. -, unbeschadet der Fortführung des Genehmigungsverfahrens - das schien damals wohl politisch so ein gängiger Begriff zu sein -:

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften wurde 91 vom BMU ...

- und so weiter -

beauftragt.

Zum Inhalt allgemein:

Im Rahmen dieser ... wurde von der BGR keine Vor-Ort-Untersuchung durchgeführt.

Das zieht sich immer wieder durch. Das ging dann auch in die anderen Dinge immer mit ein.

Außerdem konnte die BGR im Rahmen dieser Untersuchung eine Wichtung der bei der Vorauswahl zu beachtenden geowissenschaftlichen Kriterien nicht vornehmen.

Da haben wir schon drüber gesprochen, warum das so ist.

Nicht zuletzt muss betont werden, dass die BGR die Bewertung der verschiedenen geologischen Formationen im Hinblick auf eine Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle ausschließlich unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen hat.

Und nicht andere Rahmenbedingungen, Bevölkerungsstruktur oder was da alles immer noch - Feriengebiete und so -, was da immer eine Rolle gespielt hat.

Die BGR-Betrachtungen haben ergeben,

- und da können Sie davon ausgehen, dass das also von uns voll mitgetragen wurde oder sogar formuliert ist; das weiß ich jetzt so genau auch nicht mehr -

dass keine der insgesamt 40 Untersuchungen ... (akustisch unverständlich)

- das haben Sie erwähnt, das ist dann offensichtlich so rübergenommen worden -

gleichwertige ...

Waddekath usw., mit Einschränkungen usw.

Die in Bezug auf nicht salinare Formationen durchgeführten Untersuchungen ...

Das bezog sich dann also insbesondere auf Baden-Württemberg; ich hatte auch damals Anrufe von einer SPD-Abgeordneten aus dem Südschwarzwald: „Um Gottes willen, wir sind doch auch Granit“ usw.; „Wie sieht es denn dann damit aus?“ Da konnte ich die Dame beruhigen besten Wissens und Gewissens: Der Südschwarzwald ist im Granit oder im Gneis, was es ja eigentlich ist, so zerklüftet, der kommt da nicht infrage für solche Dinge. Da war dann wieder Ruhe, nicht? So geht's dann halt auch.

Und:

Insgesamt muss festgestellt werden, dass der geowissenschaftliche Kenntnisstand über Ersatzstandorte und Ersatzregionen erheblich geringer ist als ... (akustisch unverständlich) durch die bisherigen Vor-Ort-Untersuchungen am Salzstock Gorleben. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Kristallingestein.

Dann habe ich mir extra hier herausgehoben:

Die BGR ist daher der Meinung, dass aufgrund des allgemeinen Kenntnisstands über das Medium Salz, das sich auf eine 30-jährige F- und E-Tätigkeit in Deutschland stützt,

- nicht zuletzt durch die BGR, aber nicht nur -

und der in circa 17-jährigen Untersuchungen untermauerten Gorleben-Eignungshöflichkeit aus geowissenschaftlicher Sicht ... keine Notwendigkeit sieht, Alternativen zu Gorleben zu untersuchen, und da-

her an Gorleben festgehalten werden sollte.

Das ist also voll mit der BGR so abgestimmt und offensichtlich bis an den Bundeskanzler weitergegeben worden, also - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Worum es mir geht, ist: Es gibt sozusagen eine geologische Betrachtung, und es gibt natürlich auch eine politische Debatte darüber.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: So ist es. Das ist ja auch heute noch so, denke ich mal.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es ist wohl so, ja. - Aber wenn ich als Ministerin so eine Pressemitteilung mache, dann habe ich natürlich auch beide Sachverhalte im Blick. Ich sage das deshalb, weil wegen dieser Pressemitteilung eine der Oppositionsfraktionen der Frau Merkel gesagt hat, sie habe die Öffentlichkeit belogen, weil es eben bei der Studie nicht um Gorleben ging. Und trotzdem habe sie halt diese Aussage und diese Überschrift gemacht. Noch mal, weil Sie ja Zeitzeuge sind und wir heute, 2012, die politische Stimmung von 95 natürlich nicht so vor Augen haben: Ist es also damals, 95, so gewesen, dass Sie sagen würden - jetzt bitte gar nicht geologisch, sondern mehr politisch; ein bisschen politisch haben Sie die Situation ja auch beleuchtet -: Ist da eine Debatte eben alleine auch durch diese Untersuchung möglicher alternativer Standorte losgegangen in vielen Regionen, die eben besorgt waren, dass dort vielleicht auch so etwas wie in Gorleben kommen könnte? War das damals die politische Stimmungslage?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, das habe ich ja am eigenen Leibe erfahren, dass Politiker mich angerufen haben: Wie ist denn das zu verstehen? - Sogar im Vorfeld dieser ganzen - - Und da war der politische Druck ganz klar auf die Bundesregierung oder wen auch immer, das aus dem Wege zu räumen. Denn die Bundesregierung wollte ja in Einvernehmen mit BGR und BfS und wer sonst noch alles, Forschungsleute, an Gorleben auf jeden Fall festhalten, weil die Eignungshöflichkeit - ein Begriff, der vielleicht nicht ganz so politisch verständlich ist - - auf jeden Fall festhalten - und das bis zu einem gewissen Abschlussbringen der untertägigen Erkundung, damit der Sicherheitsnachweis

dann nach dem Stand von Wissenschaft und Technik gemacht werden kann.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben eben gerade zu Recht gesagt - weil ich das auch glaube -: Es ging darum, auch diese Sorgen aus dem Weg zu räumen. Also muss man diese Überschrift „Salzstock Gorleben bleibt erste Wahl“ als genau diesen Versuch des BMU sehen, die Sorgen aus dem Wege zu räumen. Das heißt, dass es nicht darum geht, irgendwelche abschließenden geologischen Urteile abzugeben, sondern zu sagen: Liebe Bevölkerung, wegen dieser Studie müsst ihr jetzt nicht die Sorge haben, dass wir woanders tatsächlich anfangen, im Grunde genommen nach Alternativen zu Gorleben zu suchen, und das ist nicht sozusagen der Einstieg in den Ausstieg von Gorleben. - Also ist diese Überschrift im Grunde genommen politisch zu sehen und nicht geologisch zu betrachten.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich sehe das in der Tat so. Ich glaube, dass ich auch in den Ausführungen, die ich vorhin gemacht habe - nicht, dass ich Ihnen jetzt da nicht - - widersprechen will. Aber: Genauso ist es. Nur so ist die Formulierung „Gorleben bleibt oder ist erste Wahl“ zu verstehen - und nur politisch zu verstehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich sage das deshalb, weil es eben zum Beispiel in der *taz* Artikel gegeben hat, wo Frau Merkel der Gorleben-Lüge bezichtigt wurde. Dort kann man zum Beispiel auch lesen - *taz* vom 8. Februar 2012 -:

Gorleben wurde in der Studie überhaupt nicht thematisiert, sondern von dem Vergleich komplett ausgenommen, weil der niedersächsische Salzstock zu dem Zeitpunkt bereits erkundet wurde.

Und jetzt kommt:

Und wenn man ihn doch einbezogen hätte, wäre Gorleben nach Einschätzung des Geologen Detlef Appel als ungeeignet aussortiert worden,

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Genauso ist es!)

weil das Deckgebirge über dem Salzstock sämtliche in der Studie genannten Kriterien verfehle.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Ja!)

Da sagen Sie, das ist geologisch nicht Ihre Auffassung?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nein. Aber ich bin gerne bereit, wenn es dem Ausschuss dient, das zu begründen. Aber im Prinzip haben Sie schon recht. Das ist wohl so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Können Sie das stichwortartig begründen? Die Frage Deckgebirge hat ja immer wieder eine Rolle gespielt.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Obwohl das wohl nicht eigentlich, wenn ich das richtig verstanden habe, Vorgänge von - - Erwähnten Sie den Artikel von 2012 oder von damals?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er bezieht sich ja auf die Studie von damals.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Auf die Studie.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dass also unter den Kriterien der Studie Gorleben niemals als geeignet eingestuft hätte werden dürfen - Behauptung von Herrn Appel.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das hat Herr
Krull auch gesagt!)

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Herr Appel ist ja Geologe und versteht eine ganze Menge davon. Ich habe vorhin gesagt, die Studie hat keine Gewichtung vornehmen können. Und nach allem, was wir damals hatten - - Ich möchte darauf hinweisen auf die PTB - damals noch -: informiert 88, und später wurde das immer noch erhärtet. Die Eignungshöflichkeit ist ja fast schon ein bisschen mehr als untersuchungswürdige Standorte.

Aufgrund so einer Studie, die nur ungewichtete Kriterien oder Auswahlkriterien - - Es sind ja keine Sicherheitskriterien. Die Sicherheitskriterien werden ja angewandt bei einer Sicherheitsstudie an einem bekannten Standort, der voll erkundet worden ist. Aber diese Auswahlkriterien bezogen sich jetzt ausgesprochen nicht auf die innere Struktur des Salzstockes. Das Einzige, was

man damals angenommen hat, dass ein großer Standort, also ein großer Salzstock, die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, dass er dann auch entsprechend mehr Steinsalz in ungestörter Lagerung hat, also wenig gefaltet. Und es hat sich dann aber herausgestellt, dass das nicht unbedingt der Fall ist. Deswegen auch die Einschränkung in der Krull-Studie in einem ganz entscheidenden Punkt, nämlich: Der innere Aufbau des Salzstockes ist nicht bekannt, und man muss sogar befürchten, dass die vor allen Dingen, wenn ich das richtig sehe, nach den Deckgebirgsvoraussetzungen ausgewählten vier Standorte dann das entscheidende Kriterium, nämlich den ungestörten Salzstock darunter zu finden - - da muss man befürchten, dass das eventuell gar nicht der Fall ist. Das ist der eine Punkt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß man aber da noch gar nicht!)

Und das Zweite ist meiner Ansicht nach auch bei Herrn Appel die Bewertung der Barriere Deckgebirge. Es ist klar: Wir haben das Multibarrierensystem. Wenn wir das nicht hätten - international anerkannt -, dann könnten die Schweden auch nicht in ihrem Granit Endlager von hochaktiven Abfällen betreiben.

Die Rolle des Deckgebirges ist eine andere als Barriere als die Barriere Salzstock, sogenannte - heute nennt man das, glaube ich, so. Früher haben wir von Wirtsgestein gesprochen, wirksames Wirtsgestein - - der also das Isolationspotenzial für 1 Million Jahre zu liefern hat. Das Deckgebirge dient dazu, dass dieses Isolationspotenzial, das damals schon nachgewiesen war für Gorleben, insbesondere damals durch Professor Herrmann in der Auswertung der Laugeneinschlüsse, die wir da hatten, indem er nämlich festgestellt hat und begründen konnte, dass die seit Beginn des Salzstockes, Aufstiegs schon vorhanden waren und unberührt in derselben Konsistenz da drin waren - - Da kamen wir auf mehr als 10 Millionen, noch mehr, 100 Millionen Jahre Isolationspotenzial.

Jetzt: Wenn das so ist für Gorleben zum Beispiel, welche Rolle spielt dann das Deckgebirge? Das Deckgebirge spielt die Rolle einmal sozusagen als Schutz, dass die Barriere Salzstock erhalten bleibt, hat zwei Rollen, einmal die Subrosion des Salzstockes durch den Salzausstieg - - Damals hat er ja

Jahre sehr genau die ganzen Dinge untersucht, hochwissenschaftlich, und auch die entsprechenden Auseinandersetzungen, die es mit anderen Wissenschaftlern dann gegeben hat - - Aber es ist wohl jetzt auch unbestritten, dass das also im zehntel Millimeterbereich pro Jahr ist, das heißt also für die Millionen Jahre, die Sicherheitsanalyse zu haben ist - - bleibt das Deckgebirge als Schutz.

Dann spielt die Gorleben-Rinne eine Rolle. Da will ich dann noch extra drauf kommen.

Aber was zum Verständnis der Sicherheitsstudie für das Deckgebirge ist, da wollte ich doch auf eine - - Professor Röthemeyer, der damals Abteilungsleiter bei der PTB war, der hat ja ein Buch herausgebracht: *Endlagerung radioaktiver Abfälle*,⁴ wo alle seine Mitarbeiter - er nimmt auch in vielen Fällen Bezug auf BGR-Arbeiten - - Aber da steht dann drin, weil die Sicherheitsstudie war ja gar nicht Aufgabe der BGR, sondern des BfS - - Da schreibt er - Moment -:

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das Deckgebirge kann nicht das tiefer gelegene Wirtsgestein ersetzen,

da Einwirkungen von der Art der Gorlebener Rinne in dem für Endlager zu betrachtenden Zeitraum auch an bislang diesbezüglich unbeeinflussten Deckgebirgen/Salzstöcken auftreten können.

Das war also schon damals Stand der Wissenschaft, dass diese Gorleben-Rinne, wie wir sie nennen, weil sie da über Gorleben auftritt, auch an anderen Salzstöcken auftreten kann.

Und in der Krull-Studie steht ja auch drin, dass solche Rinnen sehr schwer zu erkennen sind und nur durch spezielle Untersuchungen, die die Studie auch nicht gemacht hat. Das schließt nicht aus, dass man solche Rinnen auch woanders findet.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE): Können Sie das Zitat belegen?)

Also:

... auftreten können. Die heutige Beschaffenheit des Deckgebirges führt zu einem wirksamen Schutz des Salzstockes gegen zukünftige

⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „1991, VCH Verlag Weinheim, S. 114 - 116“, Anlage

eiszeitliche Erosionsereignisse und zu einer hohen Verdünnung im Fall einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung.

Man muss ja immer im Auge behalten: Damals - jedenfalls, ich weiß nicht, wie die neuen Sicherheitsrichtlinien der RSK, die ja wohl im Jahre 2010 herausgekommen sind, das noch genauso - - musste eine Störfallanalyse gemacht werden. Und das ist auch sehr interessant. Da wurde ja dann berechnet, dass ein Störfall auftreten kann, sodass der Abfall in irgendeiner Form mit der Biosphäre in - - und dann werden die Individualdosen berechnet.

Es war klar, der Salzstock Gorleben, wenn er so ist, wie er prognostiziert war, was ja dann erst die untertägige Erkundung zu ergeben hatte - - dass da kein Schadstofftransport stattfindet eben im Salz. Dafür ist es ja zu dicht. Aber über einen Störfall - sagen wir mal -, über den auch immer wieder diskutierten Anhydrit, der ja zerklüftet ist, da können also Wegsamkeiten entstehen oder vielleicht sogar über die Schächte, wenn der Schachtverschluss nicht⁵ ist. Und da ist jetzt interessant - zukünftig also Erosionen -:

... zu einer hohen Verdünnung im Fall einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung. Das Deckgebirge ist hinsichtlich dieser Fragestellungen besser zu bewerten als eine unterstellte durchgehende Tonabdeckung über dem Salzstock.

Sie sehen, das ist alles viel komplizierter. Die Gesamtzusammenhänge sehen, wie so eine Sicherheitsstudie gemacht wird, wie ein einzelner geologischer Befund in dieser Sicherheitsstudie zu bewerten ist - - das kann mal positiver sein, mal negativer. Diese Bewertung kann man eigentlich erst vornehmen, wenn man genau weiß: Was ist drin? Wie ist die Konstellation im Bergwerk? Wie ist die gesamte geologische Situation?

Ich wollte das nur erwähnen, weil, wenn ich das richtig verstanden habe, was Sie sagen, wegen dieser Gorleben-Rinne und des Deckgebirges - - dass da keine zusammenhängende Deckschicht ist, obwohl die Krull-Studie auch sagt, die findet man wahrscheinlich in dieser Form über den Salzstöcken dann auch nicht, dass dieses nicht so eine hohe Bewertung haben kann, wenn überhaupt, wie aus meinem letzten zitierten

Satz hervorgeht, wie ein vernünftiges, massives Steinsalz im Salzstock.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Professor Langer. - Ich möchte gerne auf einen anderen Themenkomplex zu sprechen kommen. - Ich sitze hier neben Herrn Grindel.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Entschuldigung. Meine Augen sind nicht mehr so, wie ich sie gerne hätte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kein Problem. - Und zwar geht es um die Verhandlungen, die vonseiten der damaligen Bundesregierung zunächst einmal mit der Elektrizitätswirtschaft geführt wurden - das war um die Jahreswende 1996/97 -, die der Vorbereitung von Gesprächen der Bundesregierung mit der damaligen Opposition zur Herbeiführung eines Energiekonsenses dienen sollten.

Aus den Akten ergibt sich, dass sich im Dezember 1996 die Minister Merkel und Rexrodt mit Spitzenvertretern der Elektrizitätswirtschaft getroffen haben, wo es unter anderem auch um die Frage ging, ob bei den Endlagerprojekten Gorleben und Konrad Einsparungen erzielt werden können.

In der Folge wurde ein Arbeitskreis „Optimierung der Endlagerung“ eingerichtet, an dem auch Behördenvertreter teilgenommen haben, unter anderem der BGR. Aus unseren Unterlagen ergibt sich, dass es dort insbesondere zwei Sitzungen gab, einmal am 17. Dezember 96 und einmal am 8. Januar 97, an denen Sie auch teilgenommen haben.

Meine erste Frage ist: Erinnern Sie sich noch an diese Arbeitsgruppe „Optimierung der Endlagerung“? Und können Sie uns sagen, was denn da die Ausgangspunkte waren, also sprich: Was war die Haltung der Energiewirtschaft auf der einen Seite, was war die Haltung der Bundesregierung und der Behörden auf der anderen Seite, speziell was die Frage Kostensenkung bei Gorleben angeht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, um es vorweg zu sagen: Ich erinnere mich an mindestens die eine Sitzung, obwohl ich weiß, dass ich von Anfang an da mit eingeschlossen war als BGR-Vertreter, und zwar deswegen, weil ich wirklich gefragt war, und zwar im Gegenzug zu der Meinung, die die Industrie vertreten hat, und zwar nicht wegen der Kosten, sondern weil die Industrievertre-

⁵ Ergänzung des Zeugen: setze „dicht“, Anlage

tung damals - - Die wollten ja ein Stand-by bevorzugen und nicht die Weitererkundung wegen der fehlenden Salzrechte.

Die fehlenden Salzrechte waren wohl in der Tat das auslösende Moment an der ganzen Sache. Deswegen erinnere ich mich, weil ich mich mit dem hochrangigen Geologievertreter der EVUs da auseinandersetzen musste. Das vorweg.

Wir hatten ja Ende 96 - das kann man auch sehr schön in den Tätigkeitsberichten der BGR und des BfS alles nachlesen; aber das ist Ihnen ja bekannt durch Ihre Unterlagen -, da waren die Schächte heruntergebracht, und wir hatten, glaube ich, sogar schon diese Querverbindung zu den Schächten. Jetzt wollten wir loslegen von unter Tage, von der 840-Meter-Sohle die Strecken aufzufahren, Vorbohrungen zu machen, die von der Bergbehörde immer - - und jetzt wirklich erkunden, und zwar den Erkundungsbereich 1 und dann die weiteren Erkundungsbereiche. Damals war das Konzept, die parallel zu untersuchen, wenn ich mich recht erinnere. So, und jetzt kam also, dass wir wegen der nicht vorhandenen Salzrechte - - Es war noch ein bisschen komplizierter, weil die sogenannten bergfreien Salzrechte dem BfS nicht zur Verfügung standen, aber die hatten durch ihre Vorkontakte - die Genehmigung war ja beantragt - -, dass über die Bergbehörde, die zu verfügen hatte über die Bergfreien, die auf jeden Fall erteilt werden können.

Das war jetzt die Frage des Ministeriums: Was machen wir denn nun? Wir haben ja nun überhaupt keine Bergrechte. - Denn die Bergrechte sind, wenn ich mich recht erinnere, im Januar 97 gekommen. Die eine Sitzung, die Sie erwähnten, war im Dezember 96. - Was machen wir denn nun? Dann hat das BfS, das ja zuständig war für die Salzrechte und diese Dinge, erläutert, dass sie gewiss sind, dass wir die bergfreien Rechte bekommen werden. Das würde bedeuten, dass man den nordöstlichen Teil des Salzstockes untersuchen kann, weil man dann die Rechte dafür hat, untätig zu erkunden, mit Ausnahme dieser auch Ihnen bekannten Kirchengemeinden im Norden, im Nordosten des Salzstockes. Aber eben die privaten Salzrechte des Grafen Bernstorff, der sich wohl damals schon sehr dezidiert geäußert hat, er gebe die nicht her, hätten dann enteignet werden müssen. Und das war jetzt die große Frage, auf welcher Basis man die hätte, wenn ich das richtig verstanden habe

oder in Erinnerung habe - - Das ist ein bisschen komplizierter mit der Enteignung. Mir wurde das damals so erläutert, dass man nur enteignen kann, wenn es unbedingt notwendig ist, an der Stelle zu erkunden, und sozusagen das Ziel im genehmigten Rahmenbetriebsplan usw. sonst nicht erreicht werden könnte. Und dann standen wir, also insbesondere BfS und BGR, zur Beantwortung vor der Frage: Müssen wir denn den westlichen Teil untersuchen, damit die Enteignung stattfinden kann? Und wie ich das dann herausbekommen habe, wollte tatsächlich die Industrie so lange warten, bis die Rechte da vorhanden sind, obwohl die Industrie auch gesagt hat - das war ja dann wohl klar -, dass gegenüber der ursprünglichen Planung nur noch die Hälfte oder so was der Abfälle da unterzubringen ist.

Nun kann man natürlich leicht erst mal sagen: Ach, nur noch die Hälfte der Abfälle? Dann genügt ja vielleicht auch der halbe Salzstock. - Das ist natürlich jetzt komplizierter. Die Frage, die die BGR insbesondere zu beantworten hatte, war: Ja, wenn wir jetzt nur den halben Salzstock untersuchen können, wie sieht es denn dann mit dem wissenschaftlichen Nachweis dieser Dinge aus? Dann ist man wohl so auseinandergegangen, dass dann das BfS gefragt war, im Einvernehmen mit der BGR die ganzen Grundlagen dazu, wie das zu machen wäre: Halber Salzstock untersuchen erst, und wenn sich dann herausstellt, das reicht nicht, mit gutem Grund sagen zu können: Ja, wir kriegen da nicht alles unter, liebe Bergbehörde oder Bundesregierung. Nun leite mal Enteignung ein. - Ich weiß nicht genau, wie das zu erfolgen hat, ob da erst noch eine Gesetzgebung speziell für diesen Fall notwendig gewesen wäre. Das war die Fragestellung. Da haben wir uns dann mit dem BfS abgestimmt - ich glaube, die Federführung hatte damals Herr Thomauske, wenn ich mich recht erinnere - und dann entsprechend dem Ministerium berichtet.

Aufgrund dieser Sache kam dann die zweite Sitzung. Bei der ersten Sitzung war, glaube ich, die Industrie gar nicht dabei - weiß ich jetzt nicht mehr -, dann kam die zweite Sitzung mit dem BfS. Inzwischen war der Auftrag - - Das hat mich aber nicht so berührt, weil über Kosten usw. - - Aber da war die BGR auch gefragt. Die musste also darlegen: Wie viel kostet das, die Arbeiten der BGR in dem ganzen Zusammenhang, wenn man einen halben Salzstock erst untersucht

oder die Erkundung da in der einen Richtung macht und hinterher, später die andere usw.?

Da kam dann in der Tat dieser Arbeitskreis zustande im Rahmen dieser Optimierungsgespräche mit der Industrie. Da hat die Industrie ihre Berechnungen vorgelegt. Die waren also konträr zu den unseren. Die haben auf einer anderen Basis gearbeitet. Die Rechnungen, die wir gemacht haben, hat die Industrie auch anerkannt; aber die wollten das alles ja viel billiger haben. Die haben dann gesagt: Ja, das Investitionsrisiko ist so groß, und dann untersuchen wir. - Dann kam ja auch noch das Moratorium. Das waren wirklich 1,5 Milliarden, oder wie viel das jetzt in Gorleben sind. Die bleiben ja bestehen, und das ist eine Investition, obwohl die wahrscheinlich abgeschrieben sind; da kräht kein Hahn mehr nach. Aber damals war für die Industrie die Kostenfrage im Vordergrund. Um ihre zu untermauern, sagten sie: Ja, ihr habt zwar jetzt - - Vorausgesetzt, die Bergfreien kommen, könnt ihr den Nordosten untersuchen. Aber da sind doch dann immer noch die Kirchengemeinden; da kommt ihr doch gar nicht rum. - Weil man ja von dem nördlichen Hauptanhydrit Abstand halten musste usw. Da hat die BGR die Verantwortung übernommen und gesagt: Aufgrund unserer Radarmessungen usw. und unserer tüchtigen Salzgeologen können wir garantieren, dass wir da vorbeikommen ohne großen Verlust. - Die BfS hat uns dann auch beauftragt, die notwendigen Abstände bei der Erkundung von diesem Anhydrit und den Carnallitschichten festzulegen. Da gibt es einen Vorgang, und die BGR hat dann da die Sache untersucht. Wir sind auf 50 m gekommen, die wir da einhalten müssen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Matthias Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Herr Professor Langer, ich würde zunächst noch einmal gerne an der Stelle ansetzen, an der Sie eben bereits mit dem Kollegen Grindel waren, nämlich der BMU-Pressemitteilung. Dieser August 1995: Sie haben gesagt, Sie sind selbst von Politikern angesprochen worden. Können Sie uns das noch mal, damit wir uns ein bisschen in die Zeit hineinversetzen können, beschreiben? Wie sind Sie angerufen worden? Worum ging es?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, ich setze voraus, dass Bürgermeister Politiker sind.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Mit einer Ausnahme waren das also Bürgermeister auf dieser Ebene - mit einer Ausnahme; das war die Dame, SPD-Dame. Die war wohl Landtag oder so was.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Auch Politiker?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Auch Politiker, ja. - Die waren beunruhigt, wahrscheinlich auch aufgrund der Bevölkerung: Wir wollen ja hier jetzt wissen, was ist hier los? Können wir die Bevölkerung beruhigen? Wie ist der Sachstand der Dinge? - Da habe ich dann Auskunft gegeben.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Was haben Sie denen gesagt?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe denen gesagt, dass das eine Studie ist, eine vorsorgliche Studie, die erst dann wiederbelebt wird, wenn sozusagen in Gorleben was schief läuft in der Erkundung oder die Nichteignung da ist, also dass das nichts Aktuelles ist, dass da jetzt was Neues gesucht wird, und jedenfalls an Gorleben festgehalten wird.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Sie haben gesagt, dass die BGR-Studie, wenn ich mir das richtig notiert habe, hat keine Gewichtung vornehmen können. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Gewichtung der einzelnen Kriterien, die zugrunde gelegt worden sind: Was ist untersuchungswürdig? Was spielt da alles herein? Was ist nicht untersuchungswürdig? - Diese Kriterien, die dann zur Untersuchungswürdigkeit führen, dass die nicht untereinander gewichtet worden sind - denn dies ist ja immer ein Mix: günstiges Kriterium, weniger günstiges Kriterium; das kommt bei jedem so zustande; wie gesagt, den optimalen Standort, der alle Kriterien optimal erfüllt, den gibt es ja nicht -, diese Gewichtung ist nicht vorgenommen worden. Dadurch kommen mei-

ner Ansicht nach vielleicht Missverständnisse und für Politiker vor allen Dingen, die nicht in der Sachlage so voll drinstehen, die Gefahr, dass eben ein Deckgebirge anders bewertet wird, als es eigentlich zu bewerten wäre. Aber die Studie in der Vorauswahl, die ja gar keine Kenntnisse von der entscheidenden Barriere hatte, wie es unterirdisch aussieht - mit Ausnahme, dass man befürchten muss, dass man das vielleicht nicht findet, was die Hauptbarriere ist -, die gab es ja nicht, und deswegen konnte das nicht vernünftig bewertet werden.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Wenn Sie jetzt aber diese Pressemitteilung des BMU - die haben Sie ja vorliegen - lesen, dann haben Sie eben der Vorsitzenden, als Sie die Problematik mit der Aussage „Gorleben bleibt erste Wahl“ gelesen haben und Sie diesen Vorhalt bekommen haben, gesagt: Sie haben den Finger in die Wunde gelegt. - Was meinten Sie mit dieser Aussage?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Die Verknüpfung, die reibungslose Verknüpfung der Studie, die Ergebnisse der Studie, den Hintergrund der Studie und die Aussagen der BGR, die im Nachgang zu der Studie gemacht worden sind aufgrund der Notwendigkeit, dass die Politik Argumente brauchte, dieselben Argumente, die ich auf kleiner Ebene mit den Bürgermeistern damals hatte, jetzt auf hoher Ebene mit Ministerpräsidenten. Sie erwähnten da Baden-Württemberg. Das war diese Verknüpfung. Weil man aus der Pressemitteilung - - Ich weiß ja nicht, ob in der Pressemitteilung, die mir vorliegt - - In den Entwürfen, die da hochgegangen sind vom Fachreferenten, da steht von „erster Wahl“ überhaupt nichts drin. Also, das ist doch mal ganz klar. Deswegen haben wir uns wohl auch - - Ich weiß nicht, ob ich persönlich das war oder Herr Blümel oder wer auch immer in der BGR. Ich weiß nicht, aufgrund welcher Unterlage das zustande kommt. Aber das war wohl Herr Bloser oder wer gewesen, dass die BGR sich dagegen gewehrt hat. Aber diese unglückliche Verknüpfung von zwei Dingen der BGR, einmal die Studie und einmal die Aussagen, die in der Studie Gorleben ja nicht vorkamen, die wir dann aber notwendigerweise, weil die Politik das wollte, zu dieser Studie im Vergleich zu Gorleben oder die Einbindung von Gorleben in den ganzen Prozess da gemacht haben.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Das heißt, Ihnen lagen Fassungen, Vorfassungen von der Pressemitteilung vor, die genau diese Verknüpfung zu Gorleben nicht beinhalteten?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, wenn ich das jetzt richtig nachverfolgt habe: Mir liegen zwei Dinge vor, einmal - woraus ich zitiert habe - der Sprechzettel des Bundeskanzlers. Der ist meiner Ansicht nach ziemlich klar, dass da kein Junktim existiert, sondern dass das eine nachträgliche Interpretation der BGR ist. In den Entwürfen - einmal von der Fachabteilung nach oben und dann der Entwurf der Pressereferenten -, da gibt es so einen leichten Übergang. Ich kann Frau Merkel eigentlich verstehen, dass ihr das vielleicht nicht so bewusst war. Ich weiß es nicht.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja, das können wir ja aufklären. Das ist ja kein Problem. Also, wir halten fest - -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Aber diese Verknüpfung, das fand ich also unglücklich.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja. Auf die will ich auch hinaus. Haben Sie diese Entwürfe, also den Sprechzettel und die Entwürfe von der Fachabteilung, wo sie also sagen, es steigert sich langsam, vorliegen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, ich habe vorliegen, damit wir da keine Missverständnisse haben - Sie können das mit Ihren MAT-Nummern, was für Sie immer so wichtig ist, vergleichen -: Ich habe von Bonn - 03.07. - ein Fax an Herrn Blümel vom 03.07.: „Wie besprochen m. d. B. u. Mitteilung, ev. Änderungsvorschläge.“ Das war ein Entwurf, Referatsleiter, Oberamtsrat Neumann, also ziemlich tief unten angesiedelt, würde ich fast sagen. Das war der Sprechzettel.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lüthmann: Die haben wir vorliegen - das ist das, was heute Morgen verteilt wurde - unter MAT A 218/2.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja. Das kam dann wohl ziemlich spät zu Ihnen, weil ich das ausgegraben habe in der BGR.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. Das ist der Sprechzettel. Und dann haben Sie noch gesprochen von einer Steigerung, wo schon ein bisschen mehr verknüpft wurde.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, jetzt passen Sie mal auf. Da gehen wir mal gleich der Sache - - Auch von Herrn Neumann an die BGR zu Händen von Dr. Blümel oder Vertreter im Amt; das war dann ich. Das ist der Bundesminister für Umwelt- und Naturschutz. Der teilt mit:

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe legt Ergebnisse zu Untersuchungen für Ersatzstandorte für nukleare Endlager im August vor - Bundesumweltministerium hält Verunsicherung der Bevölkerung

- das geht wieder in Ihre Richtung -

durch den baden-württembergischen Umweltminister für verantwortungslos.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Also das liegt vor?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: 18.07.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay, gut.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Und da geht es schon los. Das habe ich mir hier unterstrichen: Fragezeichen. Also:

Die Bundesanstalt ... Rohstoffe ... wird das Ergebnis ihrer Untersuchungen ... für das geplante Endlager vorgelegen. Derartige Arbeiten waren in der Vergangenheit auch von der politischen Opposition gefordert worden.

Dabei kommt die BGR ... zu dem Ergebnis:

- Die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben sollten fortgesetzt werden.

Das steht in der Studie in der Tat so nicht drin.

Natürlich: Das Know-how auch von dem Sprechzettel des Bundeskanzlers - - Deswegen meinte ich, das ist unwirklich.

Dann liegt mir der Entwurf der eigentlichen Pressemitteilung vor, der uns dann zugegangen ist. Da steht dann - gut, die Studie - und dann:

Zusammenfassend bewertet BGR auf der Basis der ihr zur Verfügung stehenden Daten die Ergebnisse ihrer Arbeiten unter Einschluss auch der Erkundungsarbeiten ...

Als wenn das aus der Dings - - Und ich habe das, wenn ich das also hätte korrigieren können, aber - -

Dr. Matthias Miersch (SPD): Aber Sie hätten es korrigiert? Sie hätten diese Verbindung dann gestrichen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Insbesondere vor dem Hintergrund, was ich vorhin vorgelesen habe, was die BGR angegeben hat, dass ein Vergleich, weil das eine ganz andere Basis ist - Gorleben, Erkundungsstand Gorleben und die Studie -, dass dieser Vergleich nicht hätte gezogen werden können oder dürfen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. Wenn ich Ihnen jetzt die Original-BMU-Pressemitteilung noch mal vorhalten darf - das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 51 bis 53 -, wo dann ein wörtliches Zitat der Bundesministerin Merkel erwähnt wird:

„Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl“, erklärte Ministerin Merkel.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, also den ersten Teil, da würde ich sagen: Das steht einer Bundesministerin doch durchaus zu aus ihrer Sicht, diese Schlüsse daraus zu ziehen und in Kenntnis der anderen Dinge. Das ist richtig. „Gorleben bleibt erste Wahl“ als politischer Ausdruck - -

Dr. Matthias Miersch (SPD): Aber als Wissenschaftler hätten Sie es rausgestrichen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich habe mich vorhin schon dazu geäußert. „Erste Wahl“ ist nicht richtig, weil wir hatten doch nur einen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. Das wollte ich nur noch mal herausarbeiten. Danke.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, es ist kein wissenschaftlicher Ausdruck, sagen wir mal so.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie ist ja auch Physikerin!)

Dr. Matthias Miersch (SPD): Der Untersuchungsgegenstand unseres Ausschusses ist ja, inwieweit wir die Frage „Gorleben - politisch motiviert, wissenschaftlich fundiert“ - - Deswegen sind die Verhältnisse und die Einschätzungen von denjenigen, die in den Fachabteilungen waren, und was die Politiker daraus gemacht haben, durchaus Fragestellung.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Es ist schon richtig.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es geht um das, was Herr Schäfer daraus gemacht hat!)

Dr. Matthias Miersch (SPD): Herr Grindel, jetzt bin ich dran. Sie müssen es ertragen, dass wir jetzt mal fragen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nein, also richtig ist, dass das nicht aus der Studie hervorgeht. Richtig ist aber, dass das die dezidierte Meinung der BGR war. Und der Ausdruck „erste Wahl“: Wir hätten vielleicht gesagt, unbeschadet dieser Untersuchung im Rahmen des - -

Dr. Matthias Miersch (SPD): Die Verknüpfung, dass der Eindruck entsteht - das habe ich richtig verstanden -, dass sich aus der Studie ableiten lässt, Gorleben bleibe erste Wahl, das ist das, was Sie sagen, was falsch war.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja-wohl, falsch oder - „unglücklich“ war mein Ausdruck.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. Vielen Dank.

Ute Vogt (SPD): Herr Langer, ich würde Sie gerne noch mal fragen nach dem Zustandekommen der Studie. Die ging ja zurück auf eine Koalitionsvereinbarung aus den 90er-Jahren. Können Sie uns dann - - Ich frage Sie vor dem Hintergrund, dass wir in der *Zeit Online* vom 24. November 95 einen

Artikel gefunden haben, in dem es unter anderem heißt:

Auch wegen der vielfältigen Kritik am Salzstock Gorleben beschloss die Bonner Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung 1990, auch andere mögliche Standorte „für stark wärmeentwickelnde“ Atomabfälle zu erkunden.

Das heißt, es war damals schon auch eine gewisse politische Besorgnis, aufgrund der Unruhe in Gorleben, die dazu geführt hat, dass es diese Studie gab.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das könnte sein, kann ich aber nicht beurteilen. Wenn das in der Koalitionsvereinbarung drinsteht - ich war nicht dabei, ehrlich gesagt.

Ute Vogt (SPD): Sie erinnern sich nicht daran, wie es dazu kam, zu dieser Studie?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: An was ich mich sehr gut erinnere, ist das einleitende Kapitel. Es war auch für die BGR ungewöhnlich, ein so langes einleitendes Kapitel zur Begründung beizufügen, warum das so ist. Da erinnere ich mich also sehr genau. Mit Herrn Bräuer war ich da beim Forschungsminister, und wir haben besprochen: Wie kriegen wir das hin, dass da keine große Verwirrung ist und trotzdem der Auftrag erfüllt wird?

Aber wie gesagt, alle Ministerien, die betroffen waren - BMBF, BMWi -, machen ja Gorleben weiter. Das war ja klar. Aber Sie mögen recht haben, dass das eine Rolle gespielt hat: Da machen wir mal was, gerade weil ja auch die Wiedervereinigung ist. Vielleicht hatten ja die in der ehemaligen DDR was Wunderbares. Das kann man sich ja mal angucken und sehen, wie das da zusammenhängt.

Das war deswegen so wichtig, weil wir lange zusammengesessen haben: Wie kann man das machen? - Das haben wir dann einvernehmlich für die Granit-Studie - - Das lief also in meinem Beritt, und das war klar. Die ursprüngliche Einleitung für die Salzstudie war ja anders, weil das ein anderes Ministerium war. So weit ging das nicht. Aber dann ist uns das natürlich aufgefallen. Das war ja dieselbe Begründung im Grunde genommen, warum wir das gemacht haben, Salz und Granit. Dann hat man sich also noch mal zusammengesetzt; ich kann jetzt

nicht sagen, in welchem Zusammenhang, wahrscheinlich, wo wir dann auch die Kosten besprochen haben usw. Da sagten wir, die wollen wir angleichen, die Einleitung; denn das gilt ja für beide. Man sieht auch, wie angeglichen das ist, wenn man das vergleicht. Deswegen weiß ich das.

Aber welchen politischen Hintergrund oder was die Koalitionsparteien sich damals gedacht haben, als sie diesen Beschluss gefasst haben - Entschuldigung, da bin ich kein Zeuge.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke sehr. - Das Fragerecht geht jetzt zur FDP über. Frau Skudelny.

Judith Skudelny (FDP): Vielen Dank. - Herr Professor Langer, ich möchte zunächst auch noch mal auf die BGR-Studie zurückkommen, die übrigens erstellt worden ist, als ich knapp anderthalb Jahre alt war. Ich finde es faszinierend, über welche Zeiträume Sie sich jetzt erinnern müssen, und bedanke mich noch mal herzlich für Ihre Anstrengung; denn 35 Jahre zurückzudenken, ist, glaube ich, nicht so ganz einfach.

Als Erstes möchte ich ganz kurz was aus dieser Studie zitieren, nur für den Rahmen. Wenn ich etwas falsch ausspreche: Ich hoffe, Sie verstehen es trotzdem; denn ich bin nicht wirklich Spezialist.

Bei stratiformen Salzlagern ist eine abriegelnde, impermeable Deckschicht von ausreichender Mächtigkeit zu fordern, die eine Ablaugung der Salinans durch Grundwässer weitgehend unterbindet.

Bei diapirförmigen Vorkommen kann die Salzstockoberfläche durchaus ...

Die Frage ist: War das, was ich gerade zitiert habe, Stand von Wissenschaft und Technik damals, oder haben Sie in dieser BGR-Studie schon andere Annahmen gemacht, die vom damaligen Stand - wir reden von vor 35 Jahren - von Wissenschaft und Technik abweicht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nein. Das war der Stand der Wissenschaft und Technik, der aber in der Tat durch die BGR geprägt worden ist.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das so bewusst ist: Der Unterschied ist die flache Lagerung, wie wir sagen, wo das also Schicht über Schicht ist, unberührt, wo praktisch der Kalibergbau vor sich geht. Da hat man also eine Schicht - auch diese Staßfurt-Steinsalzschiebt, die aber nicht so sehr mächtig ist -, und dann hat man da ein Deckgebirge drüber. Und die Salzstöcke, das sind dieselben Schichten im Zechstein, die dann durch die Salzstockaufhebung so eine pilzförmige oder mauerförmige Aufstockung ist, wo das Steinsalz richtig zusammengefließen ist und dicke Mächtigkeiten bietet. Das ist der Unterschied.

Die BGR und nachfolgende Auswahlkriterien in Deutschland - - Ich habe bei der ersten Sitzung hier die 77er-Studie erwähnt, die die BGR im Auftrag der Europäischen Gemeinschaft gemacht hat. Da war ganz klar, dass für Deutschland - das war damals der Stand der Wissenschaft und Technik, wesentlich mit durch die BGR geprägt; ich verschweige das bestimmt nicht -, dass diese Salzstöcke in Norddeutschland, die in idealer Form damals ohne großen Unterschied eigentlich als Salzstock so geprägt waren - - Da spielte nur das Wirtsgestein erst mal eine Rolle: Wo können wir hingehen im internationalen Vergleich? Andere haben im Rahmen dieser EG-Studie dann auch schwerpunktmäßig Ton und Granit - - Das haben wir damals auch für die Deutschen verglichen und sind damals zu der Entscheidung gekommen, dass es richtig ist - das war 77 -, diese Salzstöcke zu nehmen. Das war Stand der Wissenschaft und Technik. Es gab nichts anderes.

Judith Skudelny (FDP): Wunderbar, vielen Dank.

Dann gehen wir in meinem persönlichen Zeitstrahl weiter auf zwei Jahre nach meinem Abitur. Da wäre im Jahre 97 die Frage nach den Abfallvorkommen. Die vorausgesehene Abfallmenge hat sich ja im Laufe der Zeit stückweise verändert. Da würde mich mal interessieren, wie die erwartete Abfallmenge sich denn in der Diskussion im Laufe der Zeit verändert hat.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, da bitte ich wirklich - Sie haben mir ja das Stichwort gegeben -: Das ist lange her, vor allen Dingen deswegen, weil sich das ja auch immer geändert hat. Ursprünglich war der Salzstock Gorleben ausgewählt worden, um sozusagen die Wiederaufbereitungsanlage,

die Herr Albrecht damals noch haben wollte in Gorleben, zu unterstützen, damit der Abfall nicht durch ganz Deutschland transportiert werden müsse, sondern gleich die Endlagerung der behandelten Abfälle dann aufgenommen werden kann. Damals ging es also um alle Abfälle, schwach und mittel. Das war das *eine* Endlager, dann kam Gorleben⁶ später dazu, das also 95 Prozent der nicht hochaktiven, also schwachaktiven - nach den Gorleben-Annahmebedingungen - konditionierten Abfälle aufnehmen sollte. Das waren dann 95 Prozent volumenmäßig wohl. Und dann war aber immer noch auch Gorleben im Gespräch, diese Abfälle aus - - also durchaus offen zu sein für - Dings. Da war auch eine politische Diskussion - ein Endlager oder zwei Endlager-, die, glaube ich, dann auch so 98 oder zumindest mit der neuen Regierung dann kam.

Fachlich gesehen ist es also so, dass ein Salzstock eigentlich besser geeignet ist für hochaktiv als für schwach- und mittelaktiv wegen der Zersetzung dieser Abfälle. Die Gasentwicklung ist für ein dichtes Medium nicht so sehr günstig; das muss man also vermeiden. Das kann man bei hochaktiv sehr gut vermeiden. Da bleibt dann nicht mehr viel übrig, wie Gas entstehen kann. Und Wasser in dem Sinne ist nicht viel drin. Es ist ja gegoren⁷, ganz geringe Menge. Sodass also gesagt worden ist: Okay, wenn schon beide Arten von Abfällen in Gorleben eingebracht werden sollen, dann aber verteilt. Die sollen ja nicht zusammen sein; denn dann hätte man große Schwierigkeiten oder größere Schwierigkeiten mit der Sicherheitsanalyse und das alles - - Aber es wäre gegangen, sozusagen einen Teil des Salzstocks schwach- und mittelaktiv und den anderen Teil hochaktiv, wie auch immer dann die Planung gewesen wäre. Das war ja alles weit im Vorfeld dieser Dinge.

Dann gab es eine ganz neue Diskussion, an der die BGR dann auch beteiligt war. Das war die direkte Brennelementlagerung. Da ging es dann los. Wackersdorf kam ja dann auch nicht, obwohl das ja transportiert worden ist durch Herrn Strauß, Ministerpräsident; Wackersdorf kam ja nicht. Wiederaufbereitung im Ausland, das war politisch dann vielleicht auch oder für die EVUs - - Dann

kam auf: Können wir denn in Gorleben - obwohl das damals dafür eigentlich noch gar nicht gedacht war - auch direkt Brennelemente einlagern? Da gab es dann Forschungen, und die BGR hatte die Frage auch nicht einfach so von heute auf morgen, sondern durch viele Studien, die wir gemacht haben: Ist Gorleben genauso eignungs­höffig oder ähnlich eignungs­höffig für direkte Brennelementlagerung wie für schwach hochaktive Abfälle, wiederaufbereitet? Die Frage konnten wir also positiv beantworten; denn entscheidend für den Sicherheitsnachweis, die Integrität des Salzstockes ist die Wärmeentwicklung. Da kommt es dann auf die Steuerung der Wärme und die Abstände, die man einhält, von einer Einlagerungsstrecke oder einem Einlagerungsbohrloch zur anderen, an. Da haben wir dann große Berechnungen gemacht, auch hinsichtlich der Belastung - das wird meistens dann auch vergessen - des Schachtfundamentes, das ja belastet wird durch die Wärmeentwicklung; weil das Salz dehnt sich aus durch die Wärme und drückt auf die starren Schachtfundamente und erzeugt da zusätzliche Drücke. Das war auch die BGR. Es war dann immer eine Diskussion - - Entschuldigung; wenn ich zu weit ausschweife, dann höre ich sofort auf, weil das Ihre Redezeit ist. Aber Sie haben gefragt, und ich muss das so sagen wegen der Abfälle. Ich weiß nicht, wie es heute ist - wenn es überhaupt noch aktuell ist -, welche Abfälle da rein sollen. Konrad ist ja genehmigt, wenn ich das richtig sehe, und da sollen ja dann die Abfälle auch hineinkommen.

Judith Skudelny (FDP): Die Art der Abfallmenge hat sich ja dann auch im Volumen jeweils ausgeglichen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, uns wurde gesagt - ich habe das nicht nachgeprüft -, wenn BfS und die Industrie da einer Meinung sind, dass nur noch die Hälfte der Abfälle unterzubringen ist, dann habe ich das akzeptiert, und das war dann in der Tat wesentliche Grundlage, die Entscheidung dann 97 zu treffen, nur den halben Salzstock zu untersuchen erst mal.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Somit geht das Fragerecht zur Fraktion Die Linke.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Lühmann. - Herr Professor Lan-

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Gorleben“, setze „Konrad“, Anlage

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gegoren“, setze „gebunden“, Anlage

ger, ich wollte noch einmal ein paar grundsätzliche Fragen so zum Anfang stellen. Sie haben am Anfang gesagt, Sie haben sich vorbereitet. Das ist ja auch richtig so; das sollen Zeugen auch machen. Ich würde nur gerne noch mal, wie wir das sonst auch machen, fragen, wie Sie sich vorbereitet haben. Waren Sie beim Wirtschaftsministerium oder noch bei der BGR selber und haben noch mal wieder reingeguckt, um zu fragen, und mit wem haben Sie da gesprochen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, das kann ich gut beantworten. Ich hatte ja nur die Erfahrung von dem ersten Ausschuss hier, wo ich mich auch vorbereitet habe, genau auf dieselbe Art und Weise. Ich konnte mich - - Damals waren es noch 25 oder 24 Fragen; heute war es nur noch eine, die in der Einladung steht, aber in Bezug auf den gesamten Teil. Und dann habe ich mir - - Die erste Vorbereitung war, was Sie und andere Fraktionen und das Sekretariat oder der Bundestag da im Internet veröffentlichten. Ich persönlich bin zu alt, um da noch groß im Internet zu recherchieren, aber das haben freundlicherweise meine ehemaligen Mitarbeiter - - Da stehen ja heute - im Gegensatz zu dem, als ich noch in der BGR war - in jedem Zimmer zwei Computer mit Anschluss usw. Das geht ja heute - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Wie heißen die?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Bitte?

Johanna Voß (DIE LINKE): Wer sind die, die ehemaligen Mitarbeiter?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Na, mindestens die halbe Abteilung von Herrn Dr. Bräuer, der selber Mitarbeiter war - das haben wir ja heute schon erwähnt -, der also die Studien auch betreut hat. Da war ich, und dann habe ich gesagt: Ja, was habt ihr denn da, um meinem Gedächtnis nachzugeben? Ich meine, ich wäre da bei der Sitzung dabei gewesen. Gibt es da ein Protokoll? - Es ist gar nicht so einfach, die Protokolle noch zu finden von den Dingen.

Man muss auch dazu sagen: Ich habe mir wirklich viel Zeit genommen, obwohl ich eigentlich zum 26. April schon geladen war, das durchzugehen, weil ich wohne direkt neben der BGR, und weil ich alleine lebe - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, Sie haben sich ausschließlich bei der BGR vorbereitet?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Aha, wenn das für Sie der entscheidende Punkt ist: nur bei der BGR; denn das ist ja meine Behörde gewesen, und da kenne ich mich auch am besten aus.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut. - Dann bin ich gespannt, ob Sie dabei auch einer Frage noch auf den Grund gehen können. Es ist noch nicht so deutlich geworden. Also, irgendwie muss doch im Auftrag der Studie geklärt worden sein, dass Gorleben da wirklich außen vor zu bleiben hat. Es sollten ja überall die Datenlagen zusammengetragen werden, die vorhanden waren. Die hatten sich verbessert, und die Ex-DDR konnte dazu genommen werden. Da gab es gutes Datenmaterial; das weiß ich. Da ist auch ein Mitarbeiter in die BGR mit dazugekommen, zumindest einer, von dem wir wissen.

Die Frage ist: Wurde das in den Auftrag hinein formuliert: „Die Daten, die man von Gorleben hat aus dem Deckgebirge, die nehmen wir nicht“? Wie wurde das - - Wer hat das veranlasst?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, das war ja eigentlich selbstverständlich; denn in Gorleben hatten wir ja eine ganz andere Basis.

Johanna Voß (DIE LINKE): Na, Moment. Aber es sollte ja nicht die andere Basis, sondern - - Wir haben doch hier lauter Deckgebirge, das, was man von oben wissen kann: Salzstöcke, die ein Deckgebirge haben, und Sie haben überall von Salzstöcken, wo Sie wussten, die Formation ist gut, die Deckgebirge angeguckt. Und das kann man bei Gorleben genauso machen, ob darunter nun ein Bergbau ist oder nicht. Der Salzstock ist ja erkundet worden.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Entschuldigen Sie bitte. Das hat man doch gemacht. Es liegen ja solche Gruppenstudien der BGR vor.

Johanna Voß (DIE LINKE): Genau, das hatte man bei anderen auch gemacht.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Die sogenannte übertägige Erkundung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, das hatte man sehr genau gemacht.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Der Bericht, der 83 kam, und 89 die Fortschreibung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, also die Daten waren da, und die hätten mit dazugehört.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, die Daten waren da, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die konnte man doch mit da reinschreiben jetzt.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, aber aus welchem Grund denn? Das waren doch Auswahlkriterien, und Gorleben war doch ausgewählt. Da brauchte man doch gar nichts mehr vergleichen. Das ist doch - - Es ging ja nicht um - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Wo kam der Auftrag denn her? Wie genau war der formuliert an der Stelle?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Die Formulierung war, vorsorgliche Standorte, untersuchungswürdige Standorte zu nominieren. Gorleben braucht man nicht mehr vorsorglich - - Das war ja schon nominiert. Entschuldigung, ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe, aber so stellte sich das für mich dar.

Johanna Voß (DIE LINKE): Bislang war uns gesagt worden, Gorleben sollte da nicht mit untersucht werden, weil da ja ein viel höherer Erkenntnisstand war, und auch diese Formulierung „Der Erkenntnisstand ist zu tiefgründig“, und deshalb kann man es nicht - - Ich denke aber: Umgekehrt, gerade das, was an den anderen Standorten untersucht worden ist, das war in der Information zu Gorleben auch vorhanden, und man hätte es gut mit einbeziehen können. Das wäre ja auch der Wunsch - und es war ja auch der Wunsch da, dem ja auch Merkel dann letztlich entsprochen hat in ihrer Wortwahl -, zu verstehen: Wie hängt das mit dem schon vorhandenen Salzstock, wo nun ein Endlager

entstehen soll, zusammen? Wie verhält der sich in Bezug auf die anderen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, vielleicht habe ich Sie verstanden, dass Sie auf Folgendes raus wollen: Wenn sie so einen Vergleich gemacht hätten, dass dann herausgekommen wäre: Das Deckgebirge Gorleben ist nicht so gut wie das Deckgebirge im sowieso oder sowieso, -

Johanna Voß (DIE LINKE): Zum Beispiel, ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: - Waddekath oder was auch immer.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, genau. Das hätte ja rauskommen können.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, aber was hätte das für eine Bedeutung gehabt? Ich habe vorhin extra erläutert, welche Rolle das Deckgebirge im Rahmen der Eignungshöflichkeit und der Eignungsaussage, die dann später zu erfolgen hatten, spielt, und das ist alles so genau bewertet worden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Die Gewichtung wurde ja noch gar nicht vorgenommen. Es wurden ja doch in der Studie nur die Gegebenheiten gegenübergestellt.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, natürlich.

Johanna Voß (DIE LINKE): Und jetzt kommt noch was dazu: Aus dem niedersächsischen Umweltministerium kam 1996 die Bitte, Gorleben nachträglich doch noch in die Untersuchung einzubeziehen. Warum wurde diesem Wunsch dann nicht Folge geleistet? Das hätte doch keine große Mühe gekostet, weil man ja sowieso die bekannten Parameter von Gorleben einfach nur hätte einfließen lassen müssen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, dieser Wunsch ist mir nicht bekannt. Ich weiß nicht, auf was Sie sich jetzt beziehen. Im Zusammenhang mit dieser Studie oder im Zusammenhang mit der ganzen - was ich ausgeführt habe und was hier zitiert wurde in Ihren Unterlagen - Interpretation dieser Sachen von Herrn Krull, diese Studie im Nachgang bezüglich Gorleben, was das bedeutet?

Da haben wir ja den Vergleich auf der Hand gehabt. Ich habe Ihnen ja versucht, zu erklären, welche Bedeutung die vier Standorte, die da als besonders untersuchungswürdig gegolten haben, hinsichtlich der Salzstockbarriere haben, die für Gorleben ja so wichtig untersucht worden ist.

Das kann man nicht vergleichen. Das hat ja auch Herr Blümel in seinem Brief an das Ministerium geschrieben. Es geht nicht. Sie können das natürlich machen. Wenn ich das richtig gehört habe durch Ihre Beauftragung oder durch wen, hat einer der Geologen, der für Sie arbeitet, ja auch nachträglich das noch mal gemacht, und da kam eben heraus, das Deckgebirge ist nicht so gut. Hat nicht einer sogar gesagt: „Salzstock Gorleben ist der schlechteste, den wir überhaupt haben“? Da kann ich nur sagen: Wie kann man zu so einer Aussage kommen, in Kenntnis all dieser Unterlagen, die da von BGR und vom BfS - -

Unser Auftrag, Gorleben zu erkunden und zu einem Reifeprozess der Erkundung zu führen, dass ein standortspezifischer Sicherheitsnachweis laut RSK-Richtlinien gemacht werden kann, ist von dieser Studie absolut unberührt. Warum sollen wir da Arbeit reinstecken und da noch etwas vergleichen? Also: Meine persönliche Meinung als Wissenschaftler zu diesem Punkt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Herr Professor Langer, als Letzte der Berliner Runde sind die Grünen noch dran. Wir haben eine Vereinbarung, dass wir jeweils nach zwei Stunden eine Pause machen. Wären Sie damit einverstanden, wenn wir diese zwei Stunden, die jetzt abgelaufen sind, etwas überziehen und den Grünen noch einmal eine Fragerunde - die wäre sieben Minuten lang - zubilligen und danach die Pause machen? Oder möchten Sie sofort eine haben?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nein, bitte gern weitermachen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Dann haben jetzt die Grünen das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Dr. Langer. Ich würde Sie gerne befragen zu der Veränderung des Erkundungskonzepts 96/97. Sie sagten vorhin zum einen, Sie hätten sich da mit dem BfS - also BGR hat sich mit BfS - abgesprochen. Federführung im BfS hätte Ihrer Erinnerung nach damals Dr. Thomauske gehabt. Zum anderen sagten Sie vorhin, die Abfallmengen, die veränderten, nach denen Frau Skudelny Sie gefragt hatte, wären die Begründung gewesen für die Veränderung des Erkundungskonzeptes.

Jetzt gibt es ein Protokoll einer Besprechung von BfS und BGR von 93, 30.06.93. Das ist MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341. Das ist sehr umfangreich. Da geht es um das Erkundungsbergwerk Gorleben und auch um die Frage Alternativstandorte, also wovon wir die ganze Zeit reden, und da werden die geringen Abfallmengen bereits benannt. Also, 93 war man bereits in Kenntnis der geringeren Abfallmengen, weil ja das Projekt Konrad schon geplant war, und kommt dann trotzdem zu der Entscheidung - das ist der Schluss des Fazits auf der letzten Seite dieses Protokolls -, „dass die Beschränkung der Erkundung und Errichtung des Endlagers auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes nur unter Aufgabe von Sicherheitskriterien mit zusätzlichem Zeit- und Finanzaufwand möglich wäre“. Also, das Fazit dieses Protokolls - in Kenntnis: man hat geringere Abfallmengen - ist: Wir können nicht nur den nordöstlichen Teil erkunden, weil wir dann Sicherheitsdefizite hinnehmen müssen und eben auch zusätzlichen Zeit- und Finanzbedarf haben.

Dann wird am 17.12.96 - zumindest nach allem, was wir lesen können - zum ersten Mal die Beschränkung der Erkundung auf den nordöstlichen Teil benannt, und zwar von Herrn Rösler und Thomauske in einer Nachbereitungsbesprechung zu dem Ministergespräch etliche Tage vorher, nämlich am 05.12.96, und da wird diese Beschränkung der Erkundung auf den nordöstlichen Teil als gemeinsames BfS/BGR-Konzept erstmals vorgestellt. Sie waren da dabei.

Jetzt wüsste ich gerne von Ihnen: Es muss ja irgendeine wissenschaftliche Begründung gegeben haben. Wir haben heute ja schon mal so ein bisschen rausgearbeitet, mal gibt es politische - -

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Können Sie die MAT-Nummer auch dazu sagen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Die MAT-Nummer fürs Protokoll.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wozu?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Zu dem Protokoll.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu dem Protokoll? Das habe ich doch ganz zu Beginn gesagt: MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Und das Zweite?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe von nichts Zweitem geredet.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Die Besprechung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? - Die Besprechung vom 17.12.? Ja, das haben wir schon x-mal gehabt; aber es ist berechtigt: MAT A 191, Band 1, Paginierung 623072 ff.

Jetzt wüsste ich gerne, was die Begründung war für diese Konzeptänderung. Also, die verringerten Abfallmengen können es nicht gewesen sein; denn die waren 93 schon bewusst, und trotzdem hat man gesagt: Beschränkung auf Nordosten geht nicht. - Jetzt kommt man zu der Überzeugung, das geht doch, stellt das vor. Was hat sich geändert in dieser Zwischenzeit?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Wenn Sie gestatten, würde ich Sie gerne fragen, was das für ein Protokoll, was das für eine Sitzung war. War ich bei dieser Sitzung dabei? Ich kann mich nämlich an solch eine Sitzung nicht erinnern.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei dem Protokoll - -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Wer hat das gesagt? Unter welchen Randbedingungen ist diese Aussage gekommen? Sonst kann ich nicht gezielt dazu Stellung nehmen. Ich kann dazu Stellung nehmen, was Dezember 96 - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe Sie. Können wir die Zeit mal kurz anhalten? Dann würden wir es ihm zum Lesen geben, das Protokoll, oder zum Orientieren.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja!)

Das ist ein bisschen umfangreich.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Dann könnten wir das in die Pause nehmen, dann - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Vorsitzende.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich wollte mal folgenden Punkt ansprechen: Der Kollege Paul muss weg wegen der Fracking-Debatte. Das geht wohl möglicherweise einig so. Die Frage ist: Wie gehen wir damit um?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben eh die ganze Zeit schon nicht mehr die Mehrheit, also ändert sich nichts dran.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Also, ich gehe auch! Insofern - -)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, nein, es geht ja nicht darum, sondern die Frage ist, weil der Kollege Paul zum Beispiel gerne noch was gefragt hätte und er jetzt ja dran wäre, ob wir nach der Fracking-Debatte weitermachen oder - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder versuchen, vorher fertig zu werden?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Wann geht denn nach aktuel-

lem - - 18.30 Uhr. Haben Sie mal geguckt, wie wir aktuell - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich spreche das an, um die Frage zu stellen im Hinblick darauf, ob wir jetzt noch weitere Runden brauchen, weil ich den Eindruck habe - so hatte ich Professor Langer verstanden -, er ist für eine halbe Stunde noch fit, oder ob wir jetzt nicht durchziehen, alle Fragen stellen und dann Schluss machen, um den Kollegen das zu ermöglichen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In einer halben Stunde kommen wir nicht alle dran.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ja klar. Dann würden wir jetzt jeder zwei, drei Fragen stellen, und gut ist.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Wenn wir hinterher weitermachen wollten - das wäre dann nach der Namentlichen -, das ist etwas schwierig. Die Frage ist die: Würden wir bei der Pause durchmachen? Dann könnten Sie gehen. Herr Miersch könnte auch gehen, und der Rest kann ja dann durchaus noch weitermachen. Es geht nur darum, wenn ich Sie richtig verstanden habe - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich persönlich habe zum Beispiel das Thema Fracking bei mir im Wahlkreis auch. Ich würde natürlich hierbleiben; das ist klar. Ich würde sonst auch zu der Debatte gehen. Weil ja nun viele aus dem Umweltausschuss sind, habe ich gedacht, dass es ein Interesse daran gibt, insgesamt an der Debatte teilzunehmen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es natürlich, klar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Deswegen wollte ich es durchziehen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ja, aber ich schlage vor, dass wir, wenn Herr Professor Langer damit einverstanden ist, weitermachen. Allerdings möchte ich nicht, dass wir uns jetzt schon darauf beschränken, zu Beginn der Fracking-Debatte aufzuhören, sondern die, die dann gehen müssen, die gehen dann - sie kriegen

vorher die Zeit, zu fragen - und die, die hierbleiben, machen weiter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir können uns ja alle disziplinieren, uns kurzzufassen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Wir bemühen uns immer, kurz und präzise zu fragen; aber ich sehe, dass Professor Langer mit dem Lesen noch nicht durch ist und wir insofern noch zwei Minuten warten müssen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Langer, das Entscheidende ist ganz am Ende das Fazit, worauf ich mich bezogen habe.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das Ende des Fazits?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Ende, die letzte Seite, da steht „Fazit“. Wenn Sie da den letzten Abschnitt - - Also, das mit den Abfallmengen steht ganz zu Beginn - das hatten Sie jetzt sicher schon gesehen -, und ganz am Ende steht das Fazit, und da der letzte Absatz.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, für mich ist entscheidend: Welche Argumente hat die BGR vorgebracht?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Die Argumente, die die BGR vorgebracht hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut. Das ist ja jetzt ein bisschen unabhängig davon, was ich Sie frage: Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ja.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Frau Kotting-Uhl, lassen wir den Zeugen einfach lesen, weil er einfach reinkommen möchte nach der langen Zeit.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

(Der Zeuge liest in den Unterlagen)

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich behalte das mal im Moment da, weil Sie da noch - -

Wie gesagt, das war also auf Arbeitsebene eine Sitzung. Ich war nicht dabei, aber zwei meiner Mitarbeiter: der Ihnen ja auch bekannte Dr. Jaritz, der für die Salzstrukturen zuständig war und Leiter des Referats Endlagerung radioaktiver Abfälle war - seinerzeit war er, glaube ich, auch Koordinator Gorleben -, und Herr Dr. Wallner. Das war immer mein Vertreter gewesen, der rechnende Ingenieur.

Es ging hier in der Tat um die Frage - was mir gar nicht mehr so in Erinnerung war -, dass bereits 92 die Frage aufkam: Wie sieht es denn aus, wenn wir nur den nordöstlichen Teil untersuchen? Das, was richtig ist und was ich ja auch gesagt habe: Die Bergrechte waren ja da entscheidend. Das habe ich auch gesagt, dass die Bergrechte das Entscheidende waren. Dass nur die Hälfte der Abfälle zur Verfügung stand, war hilfreich für die BGR, weil wir sagten: Das ursprünglich geplante Volumen, was nur von vornherein klar war, dass dann nur der ganze Salzstock hätte auch untersucht werden müssen - - Wir können das erst mal mit dem nordöstlichen Teil versuchen.

Die Fragestellung, die hier war, ist das, was ich auch schon erwähnte, wo ich persönlich die Auseinandersetzung ja auch hatte mit dem Industrievertreter. Es war auch klar, dass beim nordöstlichen Teil nicht alles bergfreie Flächen waren, sondern die evangelischen Kirchengemeinden - zwei, oder ich weiß nicht - sich ja auch geäußert haben, sie wollen das nicht abtreten, die Bergrechte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Langer, entschuldigen Sie. Das ist klar. Aber die Frage, die ich habe - - Ich empfinde da einen Widerspruch. Wenn man 93 schon weiß oder von verringerten Abfallmengen ausgeht - das hat sich dann nicht noch mal geändert, sondern die Verringerung war 93 schon da - und es trotzdem von BfS und BGR - was Sie jetzt vor sich liegen haben - die gemeinsame Stellungnahme gibt: „Wir können nicht nur den nordöstlichen Teil erkunden, weil wir damit unter anderem Sicherheitsdefizite in Kauf nehmen“, wie kam man dann dazu? Die Abfallmengenfrage hat sich nicht verändert bis 96, sondern die Einschätzung, man kann doch nur den nordöstlichen Teil erkunden, hat sich verändert. Was war der Grund dafür?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Tja, ich will jetzt auch nichts Falsches sagen, weil ich ja Zeuge bin. Ich weiß nur, dass - - Wenn Sie mir gerade das gestatten, weil Herr Tittel, der ja - - Das war ja Arbeitssitzung; deswegen erwähnte ich das noch mal. Das war nicht die Ebene Röthemeyer, Thomauske und ich. Aber ich will mich da nicht rausreden; denn die Vertreter haben vernünftig argumentiert.

Es ging hier um die Umfahrung der nicht vorhandenen Salzrechte der Kirchengemeinde. Man befürchtete gerade beim BfS, das ja nicht den Sachverstand für die Salzstrukturen hatte wie wir, dass man zu viel sozusagen verliert, dieses Minimierungsgebot, was hier angeführt wird als Sicherheitsmangel, dass man zu viel auffährt von dem entscheidenden Punkt. Das war ja auch 97 noch so, vollkommen unklar: Kriegen wir denn in den nordöstlichen Teil auch trotz der Halbierung alles rein, weil die Unsicherheit ist für die Dinge?

Ich will nicht annehmen, weil ich das jetzt so schnell nicht sehe, dass, wenn man - was ja auch eine Möglichkeit wäre - nur einen halben Salzstock - - Da können wir also gerne noch drüber diskutieren, weil das für mich die Hauptargumente dann waren, dem zuzustimmen, nur den halben Salzstock zu untersuchen. Kann man, wenn man nur im nordöstlichen Teil einlagert, eine Sicherheitsstudie machen für den Salzstock Gorleben, ohne dass man die andere Hälfte erkundet hat? Da habe ich eine ganz klare Meinung. Da will ich Sie aber jetzt nicht unbedingt konfrontieren, weil Sie ja auf diese Sitzung - - Dass da die Bedenken kamen - - Man muss das verstehen: Einer, der in leitender Funktion ist, der kann gerne sagen, und die Mitarbeiter müssen dann damit leben, das dann auch so durchzuführen. Deswegen haben bei mir immer die Fachleute das Recht gehabt, erst mal ihre Meinung zu äußern und dann auch zu sagen, was geht und was nicht geht.

Herr Wallner war der Rechner. Wir haben dann von Herrn Tittel wahrscheinlich im Nachgang der Sitzung - das müsste ich aber mit den Dingen - - den Auftrag bekommen, den genauen Abstand - - Man hatte Planungsabstände. Die wurden, glaube ich, in dem fortgeschriebenen Erkundungsbericht von BfS festgeschrieben: 50 Meter, 75 Meter, je nachdem, zwischen Strecken, zwischen dem Anhydrit usw. Das noch mal, weil das ist ja eine Zahl, die ist ja gegriffen. Auf welcher Grundlage ist das?

Da hat Herr Tittel die BGR gebeten - der Herr Wallner ist der Recheningenieur bei mir gewesen; der hatte das Referat Großnumerik und die ganzen Berechnungen -, das mal hinsichtlich Wärmebelastung, hinsichtlich statischer Belastungen, also Spannungen, Rissbildung usw. - - welcher Abstand bei einer bestimmten Konstellation da notwendig ist. Diesen Auftrag hat die BGR übernommen. Ich weiß nicht, mit welchem Ergebnis, aber 50 Meter - habe ich in Erinnerung - wurden dann bestätigt, und das ist keine Sicherheitsbeschränkung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke sehr. - Damit geht das Rederecht über an die CDU, bitte.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wir haben das neu justiert. - Herr Professor Langer, ich darf Sie weiter befragen und auf ein Schreiben von Dr. Thomauske vom 23.01.97 - wobei ich jetzt nicht weiß, ob Ihnen das vorliegt - zurückkommen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das liegt mir vor.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das liegt Ihnen vor. Für das Protokoll: MAT A 83, Band 6, Blatt 475 bis 479. Ich zitiere dort auf der letzten Seite die Zusammenfassung - Zitat -:

Zusammenfassend sind BfS, BGR und DBE der Auffassung, dass die untertägige Erkundung sich zunächst auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes beschränke sollte, auf der Grundlage der vorliegenden Salzrechte diese Erkundung möglich ist; darauf aufbauend der Nachweis der Eignung des nordöstlichen Teils des Salzstockes zur Aufnahme sämtlicher radioaktiver Abfälle und eine grundsätzliche Aussage zur Eignung des südwestlichen Teils möglich ist.

Dazu meine Fragen: War das damals die gemeinsame fachliche Haltung der BGR, der DBE und des BfS? Wie lief damals die Diskussion zwischen den drei Institutionen, und wie erfolgte die Abstimmung? Fernmündlich in Sitzungen? War es eine rein fachliche

Abstimmung, oder wurde aus Ihrer Sicht politisch Einfluss genommen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, politisch Einfluss nehmen, das ist für mich ein etwas vager Begriff. Ich würde nämlich sagen: Eher hat die Wissenschaft Einfluss auf die Politik genommen, wenn Sie das so wollen; denn die Ministerien, wenn ich die mal zur Politik rechne, die haben ja uns gefragt. Die wollten ja dringend - - Die hatten die Auseinandersetzung. Denen war bekannt: Die Salzrechte, da wären sie gefordert worden, die Enteignung in die Wege zu leiten, und die wollten genau wissen, wie das ist, wenn man nur das macht und nur das macht und welche Konsequenzen das hat. Dann noch dazu die Auseinandersetzung mit der Industrie, die ein Stand-by wollte, weil das für sie wohl billiger gekommen wäre. Von vier Jahren war die Rede, die man da wohl zugrunde gelegt hat, was das dauern würde, die Salzrechte zu kriegen.

Insofern haben wir Einfluss genommen. Wir haben gesagt: Was sollen wir jetzt vier Jahre warten. Dann fangen wir doch mal mit dem nordöstlichen Teil an. Also, das sozusagen, welcher Einfluss da genommen worden ist - - Sondern man hat den Arbeitskreis gehört. Selbst die Protokolle von diesem Ergebnis von den Dingen haben dem Ministerium nicht ausgereicht, sodass man extra gefragt hat: Ihr habt ja hier schön diskutiert und eure Meinung gesagt und auch begründet. Jetzt wollen wir das aber schriftlich haben. - Da war die Federführung, wie gesagt, beim BfS, extra vom Ministerium gefordert, aber schön in Übereinstimmung mit DBE und BGR. Und das haben wir dann gemacht.

Soweit ich mich erinnere: Wir hatten ja damals die angehende Projektstruktur im Vorfeld. Wir hatten also regelmäßig neben den Jours fixes, die hier immer beim Austausch der Argumente - was muss man machen, was kann man machen und was sollte man machen - zielführend mit dem BfS, manche Sitzungen mit der DBE plus BfS - - Dann hatten wir intern das Projektteam, wo wir alle, die beteiligt waren, uns über aktuelle Probleme unterhalten haben; denn der Teilprojektleiter Gorleben hat diskutiert mit seinen Leuten, die dazu eine Rolle spielen. Dann kam das sogenannte Präsidentengespräch, und da kann ich mich gut erinnern, dass das eine so wichtige Sache war für BfS und BGR und Ministerium natürlich, dass sich also die Präsidenten damit beschäftigt

haben. In Vorbereitung dieses Präsidentengesprächs haben wir also unsere Meinung noch mal festgelegt oder abgestimmt mit den relevanten Leuten und haben das dem Präsidenten - unserem Präsidenten - mitgegeben, wenn er mit dem Präsidenten des BfS - - Professor Kaul war das damals.

Soweit ich weiß - - Ich war bei diesen Präsidentengesprächen, wie gesagt, immer dabei. Aufseiten des BfS waren dann Herr Röthemeyer und Herr Thomauske, manchmal Herr Illi, manchmal habe ich noch meinen Vertreter mitgenommen, Herrn Dr. Wallner, oder Herrn Jaritz, je nachdem, wo der Schwerpunkt der Diskussion war. Und in diesem Präsidentengespräch - das muss dann also praktisch im Januar sein; ich weiß nicht, ob Protokolle von Präsidentengesprächen in Ihren Akten sind - wurde das Einvernehmen auch auf höchster Ebene, vorbereitet durch die Dinge, zu diesem Text da oder zu dem, was hinter dem Text dann im Einzelnen steht, erreicht. Denn Professor Kaul war derjenige, der dann im Ministerium auf höherer Ebene - - Er hatte mehrere Gespräche zu diesem Punkt. Aber er war immer derjenige, der mit der Ministerin dann auch diskutiert hat.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Habe ich Sie da so richtig verstanden, dass man davon sprechen kann, dass das die gemeinsame, abgestimmte fachliche Haltung der BGR, der DBE und des BfS war? Kann man das so sagen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, nicht nur, weil es da steht, sondern weil es der Wahrheit entspricht.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Damit gebe ich das Fragerecht an die SPD.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich, Herr Professor Langer, gerne noch mal von Ihnen wissen: Die Studie, die über die salinaren Vorkommen gemacht wurde, die hat man ja dann unterbrochen, also, die wurde ja dann praktisch beendet. Gab es von wissenschaftlicher Seite den Wunsch, da auch weiter zu forschen, oder hat man das gar nicht diskutiert? Weil Sie haben ja vorhin gesagt: Die

Vergleichbarkeit für Gorleben gab es nicht wegen der fehlenden Untersuchungstiefe. War es nie in der Diskussion, die Untersuchung zu vertiefen für die vier am besten abschneidenden Standorte?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, für die BGR nicht. Es kann Diskussionen gegeben haben; weiß ich nicht. Aber für die BGR aufgrund der Ergebnisse, die wir von Gorleben haben, und aufgrund der Ergebnisse dieser Studie auf jeden Fall nicht.

Ute Vogt (SPD): Und es gab ja dann die Diskussion über die Frage, ob es ein Ranking dieser Standorte gibt, und es war ja von der BGR aus ursprünglich vorgesehen, ein Ranking darzustellen. Es gab vom BMU dann den Hinweis, dass ein Ranking bitte nicht erfolgen solle. Können Sie uns sagen, warum dieses Ranking nicht gewünscht war?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, ich weiß es nicht. Ich kann mich an die Diskussion, dass da speziell noch ein Ranking gemacht worden ist, nicht erinnern, weil, wie gesagt - - Ich darf noch mal sagen, dass das im Wesentlichen Herr Dr. Blümel war und Herr Krull und Herr Kockel, die alle in einem Beritt waren, der nicht zu mir gehörte. Wenn ich gefragt worden wäre - - Aber das ist ja nicht Untersuchungsausschuss.

Ute Vogt (SPD): Okay.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe aber meine Meinung dazu ganz klar gesagt.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Dann habe ich noch mal eine Frage zu dem Bereich, wo Sie mit dabei waren. Da geht es um die Vorbereitung der Gespräche mit den Energieversorgern. Es gibt einen Vermerk - für uns: MAT A 218, Band 6, Paginierung 188 f. -, da ging es bei dieser Besprechung vom 10. Dezember 96 unter anderem um die Frage der Kosten; das haben wir ja heute schon mal erörtert. Und dann steht hier in dem Vermerk auf Seite 192:

Im Ergebnis bestand Übereinstimmung, dass bezüglich der Kosten die Fachleute von EVU und Bund Expertengespräche führen und in etwa vier Wochen ihre Ergebnisse vorlegen werden.

Können Sie uns sagen, warum man es da so eilig hatte?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Es mussten wahrscheinlich vonseiten des Ministeriums Entscheidungen gefällt werden. Sie haben recht: Es war ein Zeitdruck da; denn das ist schon ungewöhnlich. Das war der Arbeitskreis Optimierung, wenn ich das richtig verstanden habe, und die haben einen Unterausschuss gebildet, an dem die BGR dann beteiligt war. Wir haben also, obwohl ich Einzelheiten - das habe ich vorhin schon ausgeführt - darüber nicht habe - - Aber ich war wahrscheinlich auch bei der Sitzung am 20. Januar, wo diese Ergebnisse dann vorgelesen wurden, ja auch dabei. Die Ergebnisse, die stimmen so mit meiner Erinnerung überein, dass wir da gemeinschaftlich der Meinung waren.

Falls Sie das interessiert: Das Protokoll dieser Sitzung wurde uns dann ja auch mitgeteilt, und man war zufrieden mit dem Ergebnis.

Ute Vogt (SPD): Mich interessiert eigentlich jetzt vor allen Dingen, warum es zu einem solchen Zeitdruck kam, weil ich das sehr ungewöhnlich finde, eine doch sehr komplexe Frage wie die Kostenminimierung dann unter so einem Zeitdruck zu entscheiden. Vier Wochen ist für so ein Ministerium nicht wirklich viel, wenn man die Abläufe kennt.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Sie können sicher sein, der Zeitdruck kam nicht von der BGR, sondern eher im Gegenteil. Aber von wem er kam, ob vom Ministerium, ob von der Industrie oder vom BfS - - wahrscheinlich auch nicht vom BfS. Das war aufgezwungen. Das ging ja los mit dem sogenannten Ministergespräch, wo unser Minister, also Wirtschaftsminister Rexrodt, damals ja auch dabei war. Also, es muss mit der Industrie irgendwo zusammenhängen, die ja eigentlich erreichen wollte, nehme ich mal an - - und dass dann wohl Entscheidungen da waren, Geld zur Verfügung zu stellen oder so was. Also, ich könnte mir vorstellen, dass es damit zusammenhängt, aber ich weiß es nicht.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Dann möchte ich noch gerne wissen, auch in dem Zusammenhang: Da ging es ja dann auch um die Frage: Inwieweit kann eine Eignungsaussage

aufgrund der reduzierten Möglichkeiten der Untersuchung des Salzstockes gegeben werden? Bei dem Gespräch am 20. Januar hat das eine Rolle gespielt, und es gab eben ein Vorbereitungsgespräch am 8. Januar 97. Zu diesem Vorbereitungsgespräch haben wir den Vermerk auch vorliegen. Das ist MAT A 191, Band 2, Paginierung 623340 f., plus eine Anlage MAT A 196/6. In dem Vermerk heißt es unter anderem:

BfS/BGR sind der Überzeugung, dass die Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks durch die bisher noch nicht erworbenen privaten Salzrechte nicht behindert wird und eine Eignungsaussage auf der Basis dieser Erkundung machbar sein wird.

Das haben Sie ja vorhin auch schon mal ausgeführt. Aber es heißt dann weiter:

EVU zweifeln an der Belastbarkeit einer solchen Eignungsaussage.

Erinnern Sie sich an den Streit? Was hat dann die EVUs am Ende überzeugt, dass eine solche Eignungsaussage belastbar sein kann?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: An den Streit kann ich mich ganz genau erinnern. Ich erwähnte ihn vorhin schon mal, warum ich mich überhaupt an die Sitzung erinnern kann. Das war ein Streit zwischen mir als Vertreter von BGR und BfS in dem Falle und dem Herrn Dr. Fuchs, Geologe von der GNS. Herr Dr. Fuchs bezweifelte, dass es möglich sein wird, den nordöstlichen Teil zu untersuchen, weil die Beschränkung möglicherweise in Unkenntnis der genauen Daten, die wir hatten vom nordöstlichen Teil bereits von der Salzstruktur und wie weit - voraussichtlich der Richtigkeit der geologischen Prognose - der Hauptanhydrit umfahren werden muss, wie weit der hineinreicht sozusagen in die Salzrechte da von den Kirchengemeinden - -

Das Hauptargument, was ich hatte, war: Wir brauchen das nicht durch Strecken erkunden. Wir haben ja diese Radarmesstechnik der BGR und der Geophysik der BGR, die wir damals eingesetzt hatten - damals konnten wir 100, 200 Meter untersuchen; heute können die Leute mit derselben Methode 800 Meter - - und haben gesagt: Diese Untersuchungsmöglichkeiten ohne Strecken, die sind möglich, ohne die Salzrechte zu berühren, weil man ja nicht dahin muss, sondern das von der Ferne kann. Und Anhydrit

ist genau der Horizont, der sich durch die Radartechnik besonders klar hervorhebt. Den kann man also ganz genau lokalisieren. Das war mein Argument, dass es also nicht auf die Kirchenrechte da ankommt, auf die Salzrechte der Kirchengemeinde. Dem sind die EVUs dann wohl gefolgt. Ob sie noch andere Argumente dann hatten? Aber deswegen konnte ich mich so gut erinnern, und ich freue mich, dass ich Ihre Frage dann auch so gezielt beantworten konnte.

Ute Vogt (SPD): Das heißt aber, der Herr Dr. Fuchs war auch Geologe und war an der Stelle anderer Meinung, hat also einfach nicht an Ihre Methode geglaubt?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Er kannte die auch. Herr Dr. Fuchs - ich weiß nicht, es ist vielleicht nicht bekannt -, der war ja auch in der BGR mal, bevor er zur GNS ging. Der hat bei uns auf Wunsch des BMWi als Externer, aber dann für vier oder fünf Jahre, das Projektmanagement aufgebaut, -

Ute Vogt (SPD): Okay. Ich habe dann keine weiteren - -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: - aber als solcher nicht geologisch gearbeitet. Aber es ist richtig: Er war Geologe, Urangeologe, glaube ich. Der Herr Venzlaff kannte den sehr gut.

Ute Vogt (SPD): Gut. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke. - Dann geht das Frage-recht an die FDP.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Langer, ich komme noch mal auf diese ältere Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zurück, datiert auf den Mai 1977, mit dem Titel „Katalog geeigneter geologischer Formationen in der Bundesrepublik Deutschland“. Das ist MAT A 147, Band 36, 123230 ff. Da wird auf der Seite 15 eine Einschätzung gemacht zur Deckschicht oder zur Salzstockoberfläche. Das werde ich jetzt einfach so noch mal vortragen. Da steht zum einen - ich zitiere jetzt -:

Bei stratiformen Salzlagern ist eine abriegelnde, impermeable Deck-

schicht von ausreichender Mächtigkeit zu fordern, die eine Ablaugung des Salinars durch Grundwässer weitgehend unterbindet.

Im nächsten Abschnitt steht dann:

Bei diapirförmigen Vorkommen kann die Salzstockoberfläche durchaus in den Bereich zirkulierenden Grundwassers hineinragen, wenn innerhalb des Salzstockes eine ausreichend mächtige Schwebelage von mindestens 200 - 300 m über der Deponie ausgehalten wird. Die Ablaugungsvorgänge sind nachweislich nach Ausbildung einer Salzspiegels voluminös zu vernachlässigen und greifen nicht in die Lagerstätte ein, da die Wässer im tieferen Teil des Gipsbänns annähernd salzgesättigt sind und nur noch wenig Salz auslösen.

So, das ist die Feststellung, und ich habe jetzt eine ganz einfache Frage: Das war auch 1977 schon Stand von Wissenschaft und Technik und wurde von der überwiegenden Mehrheit der Geologen so auch als richtig und erwiesenermaßen so gesehen?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich bestätige erst mal - das hatte ich auch vorhin schon gesagt -, dass das der Stand der Wissenschaft und Technik war; denn nicht umsonst hat ja die EG uns den Auftrag gegeben, das für Deutschland zu machen. Andere haben dann andere Dinge in den Vordergrund gestellt, auch im Rahmen dieser Dinge. Die Kriterien waren mehr oder weniger von der EG vorgegeben. Dies sollte ja einheitlich betrachtet werden, entsprechend natürlich auch allgemein, und wir haben sie dann etwas spezifiziert, vertieft auf die besondere Lage in Deutschland. Dabei kam eben heraus, dass als Wirtsgestein - - eben die massierte, nicht die flache Lagerung, sondern die steile Lagerung in den Salzstöcken die geeignetste ist, und da gab es keinen Widerspruch, selbst also, als schon Gorbunow benannt wurde und die bekannten Gutachter von damals, die sogenannten unabhängigen Gutachter, kritischen Gutachter, da gewisse Bedenken geäußert haben. Die gingen aber nicht gegen den Salzstock als solches als Hauptbarriere. Das wurde dann noch mal von allen bestätigt in einer Tagung der Deutschen Geologischen Gesellschaft, also neutralgeologische Wissenschaftler, wo die Untersuchungsergebnisse

vorgetragen worden sind, auch von Herrn Grimmel, wo dann Gegenargumente auch in der Diskussion vorgekommen sind. Das war dann sozusagen - ich weiß nicht, wie Sie Stand von Wissenschaft und Technik anders definieren können - der Stand von Wissenschaft. Wenn in solchen Tagungen da die Bestätigung kommt, dass das Salz das Beste für Deutschland ist, dann ist das damals der Stand der Wissenschaft. Das ist richtig.

Angelika Brunkhorst (FDP): Danke. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke sehr. - Somit geht das Fragerecht an die Fraktion Die Linke. Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke sehr, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Langer, ich hätte als Erstes eine Frage. Sie sprachen von Dr. Fuchs von der GNS. Können Sie sich an den Vornamen erinnern, weil „Fuchs“ ist ja nicht so ein ganz seltener Name.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, tut mir leid.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, gut.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Aber das müsste sich doch feststellen lassen. Wir haben doch Internet und Google.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ja, das werden wir schon herauskriegen; aber es wäre einfacher gewesen, wenn Sie uns hätten weiterhelfen können.

Ich möchte gerne aus einem Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums zitieren. Die BGR hatte ja die Entwürfe zu den Studien „Alternative Standorte“ in einem Ressortgespräch am 31. Mai 1995 unter Leitung von Herrn Hennenhöfer dem BMU präsentiert. Danach wurde der vorliegende Vermerk im BMWi angefertigt, in dem es heißt - ich zitiere -:

Ein Alternativstandort auf ein vergleichbares Erkundungsniveau wie Gorleben zu bringen, würde Milliardenaufwand bedeuten. Dies wäre volkswirtschaftlich nicht vertretbar.

Das findet sich in MAT A 166, Band 6, Paginierung 9.

Sind solche wirtschaftlichen Erwägungen bei der BGR oder bei Treffen mit anderen Ressorts diskutiert worden? War das häufiger ein Thema oder eher nicht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, Finanzen waren immer ein Thema; denn die BGR hat gekostet. Das ist doch klar. Ich weiß nicht, wie ich Ihre Frage anders sonst verstehen soll. Da ging es natürlich nicht um die Milliarden. Aber richtig ist, dass in ihrer Verantwortung, die die BGR hat - wissenschaftlich, aber auch, würde ich sagen, welche Konsequenzen diese Wissenschaft hat, was die Finanzen anbelangt -, sie sich schon Gedanken gemacht hat, und zwar nicht aus wissenschaftlichen Gründen, sondern aus Verantwortung der Sache gegenüber.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das hilft. Ich will Ihnen das gerne noch mal in Erinnerung rufen, weil - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie sind nicht dazu da, den Linken zu helfen, Herr Professor Langer! - Heiterkeit)

- Nein. Okay.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist aber nett, Herr Grindel, dass Sie den Zeugen daran erinnern.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Aber das Gleiche gilt doch sicherlich auch für die CDU, nicht?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Genau.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da verwechseln Sie etwas!)

Gut, dann möchte ich jetzt noch mal auf das von Herrn Grindel schon eingeführte Dokument eingehen, und zwar die Presseerklärung vom 18. Juli 1995. Wir könnten Ihnen eine Kopie vorlegen. Wenn wir ganz kurz die Zeit anhalten können, dass er es einfach auch vor Augen hat.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ist das die, die ich hier schon - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Meine Referentin bringt Ihnen das gerade. Das ist das heute verteilte Dokument.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Oder hatten Sie das schon bekommen?

Wenn man diese Presseerklärung liest - das ist MAT A 123, Band 21, Paginierung 212; daraus möchte ich zitieren -:

Dabei kommt die BGR zusammenfassend zu dem Ergebnis:

- Die Arbeiten zur Erkundung von Gorleben sollten fortgesetzt werden.

Zweiter Anstrich:

- Es besteht keine Notwendigkeit, Ersatzstandorte zum Salzstock Gorleben zu untersuchen.

Und dann geht es im Text weiter - und das ist eigentlich die Passage, die mich jetzt am meisten interessiert -:

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt. Entgegen den Behauptungen des baden-württembergischen Umweltministers ...

Und so weiter.

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, von wem diese Aussage stammt: Stammt die von der BGR, oder stammt die aus dem Umweltministerium? Weil das ist, sage ich mal, sprachlich aus dem Text für mich nicht eindeutig herauszulesen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, für mich auch nicht, weil die Abstimmung ging ja meistens telefonisch, und dann wurden Entwürfe gemacht. Mir liegt auch nur dieses hier vor, was mir schon scheint, als wenn da ein schon recht weit gediehener Abstimmungsprozess dafür vorgesehen war.

Ich kann nur sagen, wie unglücklich das ist, dieses Gorleben im direkten Bezug zur Studie - als ob das aus der Studie direkt hervorgeht. Das steht ja so in der Studie nicht drin.

Richtig ist die Meinung der BGR damals, dass die Studie, weil sie in ihrem Erkenntnisstand - notwendigerweise Erkenntnisstand - nicht an den Erkenntnisstand, den wir damals schon für Gorleben hatten, heranreicht, dass das richtig ist, dass das in Gorleben weitergemacht werden soll. Das mag auch politisch begründet sein, um da gewisse Abwehr zu haben, aber fachlich und inhaltlich ist es die Meinung der BGR.

Ich habe deswegen noch mal extra, weil ja die Studie vier Standorte oder drei besonders hervorhebt, die untersuchungswürdig sind - - mit welchem großen Fragezeichen gerade die dort hervorgehobenen Salzstöcke zu betrachten sind, weil bei diesen Salzstöcken kompressive Kräfte gewirkt haben, die eine besondere Querkaltung dann auch noch ermöglichen und den eigentlichen dicken Bereich dann noch mehr einengen, also nicht nur durch die Salzrechte, sondern durch die geologischen Kräfte, die bei dem Aufstieg gewirkt haben.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Verstehe ich Sie dann richtig, dass Sie eher ausschließen, dass die BGR diesen Bezug zu Gorleben hergestellt hat, direkt, sondern dass das dann eher im BMU passiert ist? Oder habe ich Sie jetzt komplett falsch verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Da haben Sie mich falsch verstanden. Denn ich glaube nicht, dass die - - soweit ich Herrn Bloser zum Beispiel kenne, der ein sehr vorsichtiger Ministerialbeamter war. Wir hatten X Sitzungen, immer wieder, auch um ganz andere Dinge, also nicht so bedeutende Dinge wie, wie sich herausgestellt hat, diese waren. Der hat sich immer abgestützt auf BfS oder BGR. Also, das ist ganz klar.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann hätte doch die BGR an der Stelle eine Stellungnahme abgegeben zu etwas, was in der Studie gar nicht untersucht wurde.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja. Das habe ich ja erläutert. Das ist richtig. Wir sind hinterher in Kenntnis der Studie und in Kenntnis des Sachstandes von Gorleben zu diesen Aussagen gekommen. Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstehe; aber das habe ich jetzt hier schon eigentlich zwei-, dreimal so betont. Aber Sie können das gerne noch mal zu Protokoll nehmen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lüthmann: Danke schön. - Das Fragerecht geht über zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sylvia Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Langer, ich gehe jetzt wieder weg von der BGR-Studie und noch

mal zu dieser Veränderung des Erkundungskonzepts, mit Herrn Thomauske abgestimmt; Sie sagten vorhin, der war federführend. Erinnern Sie sich, dass damals die Herrn Thomauske zur Seite gestellte sogenannte bergbaufachliche Person, Herr Wosnik, mit Herrn Thomauske in dieser Sachfrage nicht übereinstimmte, sondern sich sehr dezidiert davon distanziert hat, von dieser Aussage, es würde ausreichen, den nordöstlichen Teil zu erkunden, um den Salzstock bewerten zu können?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, ich kenne beide Herren. Ich habe auch mit - natürlich mehr mit Herrn Thomauske, weil er einfach der Projektleiter und für das Vorantreiben der Dinge zuständig war; Herr Wosnik für die bergrechtliche Situation. Er war ja wohl benannter bergbauberechtigter -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bergbaufachliche Person.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: - bergbaufachliche Person. Und diese bergbaufachlichen Dinge liefen ja mehr zwischen BfS und DBE als mit uns. Deswegen war der Kontakt zu Herrn Wosnik bei uns nicht so ganz groß. Das ist also eine interne Sache des BfS.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben das nicht mitgekriegt damals, diesen Disput.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Was ich mitgekriegt habe, ist, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt, wo ich auch noch tätig war, nach dem Weggang von Herrn Wosnik, ja dann Herr Thomauske diese Person war, die von der Bergbehörde anerkannt war.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja - nein. Er hat ausdrücklich, und zwar, wenn ich mich recht erinnere, sogar von Ihrer Behörde, von der BGR, den Herrn Wosnik zur Seite gestellt bekommen für diese Fragen, weil er in diesen Fragen nicht die Kompetenz hatte.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nicht von der BGR.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom Bergamt, Entschuldigung.

Er hat ihn zur Seite gestellt bekommen, weil er in diesen Fragen selbst nicht die Qualifikation hatte, und hätte sich da eigentlich mit Herrn Wosnik abstimmen müssen, hat das aber nicht getan, sondern hat dann diese Konzeptveränderung vorgestellt, ohne Herrn Wosnik einzubeziehen, und der hat sich daraufhin davon ausdrücklich distanziert in einem Schreiben und hat gesagt, er stimmt damit nicht überein, mit diesen Aussagen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Dann hat offensichtlich Herr Thomauske Herrn Wosnik, entweder weil er für diese Dinge nicht zuständig war - das kann ich nicht beurteilen, weil das ja die Bergbehörde nicht betroffen hat, und bei den Bergrechten sollte ja sowieso nichts geändert werden; das war ja eingeleitet, dass die bergfreien kommen - hat er ihn also nicht gehört oder wie. Mein Stil war das nicht. Ich habe alles eingebunden, um sozusagen dann auch nach außen hin - Sprecherfunktion, die ich erwähnte - etwas darzulegen, von dem ich sicher war, dass meine Mitarbeiter das mittragen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, wir hatten das ja heute schon: wissenschaftliche Aussagen, politische Aussagen. Es ist ja unzweifelhaft - das erleben wir ja auch heute, wir alle, die wir Politiker sind -, dass die Wünsche für politische Entscheidungen oder Vorwärtkommen an einer bestimmten Stelle manchmal im Widerspruch stehen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Jetzt haben wir diesen Disput im BfS. Wir haben das Protokoll, das wir Ihnen vorhin vorgelegt haben, aus Ihrer Behörde, wo eben auch große Bedenken - von Ihren Fachleuten waren Jaritz und Dr. Wallner dabei - kamen, mehr als große Bedenken: geht gar nicht; nur Nordosten heißt Sicherheitsdefizite. Es heißt auch mehr Geld, mehr Zeit, aber das sind ja keine fachlichen Argumente. Aber die Sicherheitsdefizite, die Aufgabe von Sicherheitskriterien, das ist ja ein fachliches, wissenschaftliches Argument. Trotzdem haben Sie dann gemeinsam mit Herrn Thomauske - oder Herr Rösler mit Herrn Thomauske - das vorgestellt. Muss ich mir das so vorstellen, dass es, ich sage mal: von unten her bei diesen Entscheidungen dann immer diese Fachebenen gibt und die Wissenschaftler, die eben alles gründlich untersuchen, von oben gibt es bestimmte politische Wünsche, und dazwischen sind die Präsidenten, und

die müssen dann gucken, wie sie das zusammenbinden und wie sie das hinkriegen, dass sie sowohl die politischen Wünsche erfüllen und das Fachliche vielleicht nicht ganz ignorieren? Läuft das so ungefähr ab?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das Letzte ist richtig, dass die Präsidenten sozusagen die verantwortlichen Personen für ihre Behörde sind gegenüber den weisungsberechtigten Ministerien. Das ist also richtig. In der BGR war es so - entschuldigen Sie, wenn ich nicht so viel über das BfS - - aber Sie haben ja auch die BGR angesprochen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist klar. Ich fragte nach der BGR, ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Bei der BGR war es so, dass sich unser Präsident, bevor er sich in Einvernehmen mit dem BfS-Präsidenten gesetzt hat, die mittlere Ebene, also sprich: ich, mein Stellvertreter, der Dr. Wallner, und manchmal Dr. Jaritz, in den Anfängen, später dann eigentlich auch nicht mehr, weil - - Wir hatten dann die Verantwortung im Rahmen des Projektmanagements oder im Rahmen der Unterabteilung in der Verantwortung - deswegen habe ich am Anfang noch mal die Verantwortung eines Unterabteilungsleiters hier gesagt - in Vertretung des Präsidenten in Endlagerfragen.

Wir hatten die Verantwortung, dass das fachliche Know-how auch wirklich richtig eingesetzt worden ist. Und den Punkt, den - wenn ich das so schnell habe hier verfolgen können - - Die Konsequenz war - ich weiß nicht, ob das nun der Hauptpunkt war; aber ich könnte mir vorstellen, weil ja Dr. Wallner dabei war; das ist ja derjenige, der die ganzen Standsicherheitsberechnungen zum Beispiel für Morsleben gemacht hat, immer wieder auf Nachfragen der Bergbehörde - - dass der gesagt hat: Wir haben ja überhaupt keine belastbare Unterlage, wie weit wir vom Anhydrit wegbleiben müssen. Und wenn wir das nicht wissen, dann ist das ein Sicherheitsrisiko; weil es kann sein, dass dann die Standortsicherheitsanalyse sagt: Ja, jetzt seid ihr hier zu weit rangegangen, jetzt können wir den Nachweis nicht mehr führen. Der Anhydrit beginnt durch die Wärme zu unterbrechen.

Und deswegen hat dann, so wie wir das immer gemacht haben, wenn solche Fragestellungen aufkamen, dann haben wir also

ein Untersuchungsprogramm oder ein Rechenprogramm oder wie auch immer - - Jedenfalls hat Herr Tittel uns, ich sage jetzt - - Ich weiß es nicht, weil ich die Zeiten nicht habe; aber ich weiß, dass wir einen Auftrag vom BfS hatten, die Sicherheitsabstände rechnerisch genau festzulegen. Dann hat Herr Wallner sozusagen ein Konzept gemacht, wie er da vorgehen will, wie viel Zeit das kostet, und das haben wir dann dem BfS mitgeteilt. Und da kam dann 50, 75, und wenn man noch einen Sicherheitsabschlag dazugibt, waren es dann 100 Meter bei beliebiger - mehr oder weniger - Einlagerung, die da erfolgt.

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage beantwortet habe. Aber so war das bei uns in der BGR und das, was ich verantworten konnte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Ich würde gerne noch eine Frage nachschieben, aber meine Zeit ist rum.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Wir haben jetzt die zweite Berliner Runde beendet. Ich bitte Sie darum, zu meiner persönlichen Erleichterung eine fünfminütige Pause zu machen. Soeben hat die Fracking-Debatte begonnen. Es ist doch keine Stundendebatte, sondern eine Halbstundendebatte, sodass wir also gegen 19.15 Uhr mit der Abstimmung rechnen. Eine kurze Frage vorweg: Gibt es noch Fragebedarf? Bei der CDU/CSU?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wenn die Oppositionsfractionen so weitermachen, kann das noch kommen. Aber sonst würde ich erst mal sagen: nein.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Erst mal nein. - FDP auch nein. - SPD auch nein.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage! - Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich habe auch noch eine Frage!)

- Darf ich vorher bitte fünf Minuten einmal - - Ich bin sofort wieder da.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie wäre es denn, wenn wir eine halbe Stunde Pause machen, auch um Herrn Langer zu entlasten?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Wir wissen noch nicht, wie lange es dauert. Wenn es nur noch die beiden Fragen gibt, schaffen wir das vielleicht noch vor der namentlichen Abstimmung.

(Unterbrechung von 18.46 bis 18.49 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Die Vorsitzende wäre wieder arbeitsfähig. Wie geht es dem Rest der Runde? - Das begeistert mich.

Ich hatte die CDU/CSU gefragt; die hat im Moment nichts. Die SPD hat im Moment auch nichts. Die FDP hat im Moment auch nichts. - Dann kommen wir zur Linken. Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, danke, Frau Vorsitzende. - Sie trugen, Herr Professor Langer, als hochrangiger Wissenschaftler mit dem Zuständigkeitsbereich Endlagersuche ja eine große Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Würden Sie Ihre wissenschaftliche Tätigkeit als unabhängig von Ministerien und sonstigen Verwaltungsstrukturen beschreiben oder eher nicht, und würden Sie bestätigen, dass die BGR eine eigenständige Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit hatte und hat, unabhängig vom Bundeswirtschaftsministerium oder Bundesumweltministerium?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Selbstverständlich hat sich die BGR immer als wissenschaftliche Bundesanstalt verstanden, vielleicht im Gegensatz zum BfS, was Herrn Röthemeyer auch immer ein bisschen bedrückt hat, dass er nicht die Möglichkeit hatte, Wissenschaft zu betreiben. Sie müssen sich das so vorstellen: Ein Wissenschaftler hat ein inneres Bedürfnis, seine Dinge wissenschaftlich zu durchdringen, darzustellen und - das will ich schon sagen - dann auch gehört zu werden.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber wie erklären Sie es uns - oder sich selber - dann, dass die BGR offenbar nicht befugt war, eigene Öffentlichkeitsarbeit zu machen? Das widerspricht ja dann sozusagen dem, was Sie hier postulieren als Selbstverständnis.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, das ist nicht ganz richtig, was Sie sagen.

Richtig ist - ich hatte auch bei dem ersten Ausschuss diese Vereinbarung, die die drei Ministerien getroffen haben, und im Anhang dazu die Vereinbarung zwischen BGR und PTB, später BfS -, dass die Öffentlichkeitsarbeit, was Endlagerfragen usw. ist, wegen der besonderen Verantwortung des BfS im Gesetz für Endlagerung zuständig ist - - die Öffentlichkeitsfrage in diesen Fragen beim BfS liegt. Wir haben ja dann die Hearings gemacht und auch entsprechend die Öffentlichkeit immer informiert über den Stand der Dinge.

Die wissenschaftliche Veröffentlichung und Bekanntmachung lag selbstverständlich bei uns. Ich kann Ihnen zum Beispiel sagen: Meine 100 Veröffentlichungen konnte ich machen, obwohl ich bei der BGR war, wobei ich natürlich auch Hochschullehrer war; das mag das erleichtert haben; ich konnte das begründen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie werden - entschuldigen Sie - -

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich war noch nicht ganz fertig; eine Bemerkung noch. Im Atomgesetz steht doch drin: Das soll nach Wissenschaft und Technik gemacht werden. Und die Wissenschaft, ein Endlager zu betreiben und zu erkunden usw., die war ja in den Anfängen. Da war ja auch international zu der Zeit keine Erfahrung. Und das hat wesentlich die Wissenschaft vorangetrieben. Wenn Sie googeln, was für Veröffentlichungen der Herr Professor Langer gemacht hat, dann finden Sie meine Einlassungen zu jedem Stand der Dinge immer wieder. Da gab es keine Beschränkung. Die BGR war sich bewusst und ich besonders war mir bewusst, dass die BGR das machen muss. Die musste ihre wissenschaftlichen Ergebnisse diskutieren lassen; sie musste sie in internationalen Gremien beurteilen lassen. Deswegen auch unsere Zusammenarbeit mit den anderen Behörden für Endlagerung, in Frankreich, in der Schweiz.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wir haben ein Protokoll vorliegen, das ist MAT A 223, Paginierung 30. Da steht drin, dass Herr Professor Wellmer klarstellt, dass die BGR im Zusammenhang mit der Endlagerung radioaktiver Abfälle keine Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Tätigkeitsberichte der BGR zur Endlagerung sollen künftig zwischen BfS und BGR abgestimmt werden.

Die BGR hat von 1988 bis 2003, also auch die gesamten 90er-Jahre, ihre Arbeitsanweisungen im Wesentlichen, nach dem, was uns vorliegt, aus dem BfS von Dr. Bruno Thomauske erhalten. Ist das richtig?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Anweisungen von Dr. Thomauske gab es nicht. Das lief folgendermaßen ab - ich will jetzt mal unterscheiden -: Die Wissenschaft ist außen vor. Diese Aussage vom Präsidenten Wellmer bezog sich also nicht auf die Wissenschaft. Das habe ich eben ausgeführt, und das lässt sich ja belegen.

Die andere Öffentlichkeitsarbeit war in der Tat ... (akustisch unverständlich). Jetzt sagen Sie: Unsere Arbeiten, wie wurden die strukturiert? Das wurde eingeführt, das Projektmanagement. Da waren alle unsere Arbeiten in Arbeitspakete aufgeteilt. Die Abstimmung, was braucht die BGR, das sogenannte Erkundungskonzept zum Beispiel - - Alles das, was wir brauchten, haben wir auch gemacht. Dann kam natürlich auch noch - das wissen Sie - wegen der Vorleistungsverordnung die GNS mit dem Dr. Fuchs; der war dafür zuständig. Der hat dann also gesagt: Ja, müsst ihr denn das machen? - Da haben wir gesagt: Ja, willst du die Verantwortung übernehmen, wenn wir das nicht machen? - Da war das gegessen; dann durfte die BGR das machen.

Genauso brauchten wir natürlich das Geld. Das war ja Linienstruktur und nachgeordnete Behörde. Dann ging das also in die Haushaltsverhandlungen mit dem BMWi. Da waren wir schon gehasst, weil Stellen für die BGR hatten immer Vorrang. Meistens gab es keine Stellen, weil der Finanzminister da den Deckel drauf hatte. Und dann haben wir die Stellen durchgesetzt. Da musste zum Teil das BMWi - stellen Sie sich das mal vor! - auf die eine oder andere Stelle verzichten, damit die BGR das für die Endlagerarbeiten kriegt.

Und - da war ich auch oft genug dabei - im Finanzministerium waren dann die Endlagerarbeiten wieder eine gesonderte Titelgruppe, und diese wurde dann vom Finanzminister von unserem Vertreter vorgetragen. Ich war dabei, um das wissenschaftlich zu begründen. Und da saß dann der BMI, der die Grundverantwortung hatte, dabei und hat dem seine Zustimmung gegeben, nachdem der BMWi sich mit dem BfS, möglicherweise mit Herrn Thomauske, zusammengesetzt und gesagt hat: Jawohl, das ist gerechtfertigt. - Da gab es nie Schwierigkeiten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich kann mir schwer vorstellen, dass die BGR oder dass Sie nicht eine Vielzahl von Presseanfragen gekriegt haben.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Bitte?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich kann mir schwer vorstellen, dass die BGR nicht doch eine Vielzahl von Presseanfragen gekriegt hat. Oder stelle ich mir das falsch vor? Und wenn das so war, dass Sie Presseanfragen gekriegt haben, wie ist man damit umgegangen? Hat man die einfach weiterverwiesen? Hat man darauf nicht reagiert? Wie war das, und warum war das so?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, Presseanfragen haben wir selbstverständlich beantwortet. Das war aber gar nicht so sehr viel. Wenn ich das auch vergleiche - weil ich ja jetzt öfter in der BGR war -, was Herr Dr. Bräuer, also mein Nachfolger als Abteilungsleiter, an Presseanfragen beantworten muss, da wundere ich mich, wie man da überhaupt noch zum Arbeiten kommt. Das ist richtig. Aber so viel war das damals nicht, und was da war, das haben wir auch gemacht.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt über zu Bündnis 90/Die Grünen. Sylvia Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, Herr Dr. Langer; letzte Runde, nehme ich an. - Bei dieser Veränderung des Erkundungskonzepts - - Wenn wir diese Akten verfolgen, zumindest unter dem, was wir wahrnehmen können, muss das ja in sehr kurzer Zeit entschieden worden sein. Denn bis vor dem Ministergespräch, dem ersten - oder das zweite war es schon -, von Frau Merkel und Herrn Rexrodt mit den EVU am 05.12.96, kurz davor, gingen ja alle immer noch davon aus, dass man den gesamten Salzstock erkunden müsse und auch wolle. Auch die EVU waren ja sehr erstaunt. Sie haben ja selber schon gesagt, da gab es auch Auseinandersetzungen. Ich will da gerade noch mal ein Zitat bringen vom RWE vom 19.12.1996, also zwei Tage nach dem 17.12. Das ist MAT A 196/6, Band 1, Paginierung 76. Ein Zitat:

Im Gegensatz zu allen bisher abgegebenen Erklärungen hält BfS nunmehr

- unterstrichen -

die Erkundung der weitestgehend bergfreien Nordostflanke des Salzstocks für ausreichend.

Und weiter unten:

Dabei weicht das BfS bezüglich des notwendigen Erkundungsumfanges Gorleben vollständig von der bisherigen Strategie ab.

Also alle waren völlig überrascht über dieses neue Konzept.

Für uns und für mich stellt sich jetzt die Frage: Wenn es nicht so war, dass es ein politischer Wunsch war, dass diese Erkundung auf den nordöstlichen Teil beschränkt sein sollte, was war die wissenschaftliche Begründung dafür? Also, wir haben aus Ihrem Haus dieses Protokoll, wo auch davor gewarnt wird, wo man sagt: Geht nicht. Dann haben wir bis kurz vor diesem 05.12. oder bis zu diesem 05.12. zumindest keine erkennbare, keine auffindbare Aussage irgendeiner Art in irgendeiner Akte, die uns darauf hinweist, was die Veränderung jetzt bewirken könnte. Die Abfallmengen waren 93 schon die gleichen, von denen man ausging. Was war der wissenschaftlich begründete, der fachliche Unterschied innerhalb von ein paar Tagen, jetzt zu sagen, der nordöstliche Teil reicht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, ich - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ich noch eins hinterher schieben darf - Entschuldigung; das können Sie zusammen beantworten -: Wer hat beschlossen, diese Veränderung des Konzepts jetzt vorzustellen, vorgestellt bei dieser Sitzung, bei der Sie ja dabei waren, bei dieser Nachbereitungsbesprechung zum Ministergespräch am 17.12., wo es dann von Herrn Rösel und Herrn Thomauske vorgestellt wurde als Konzept? Wer hat denn davor, wenn es so etwas gab, beschlossen, dass das jetzt verändert wird? Wer war da von der BGR beteiligt - waren Sie beteiligt? -, vom BfS?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, ich habe das jetzt verstanden. - Wenn ich das richtig sehe, wurde damals im Vorfeld gar nichts beschlossen, sondern es wurde dem

Wunsch des Ministeriums, die unter Druck waren, wenn ich das jetzt auch hier ... (akustisch unverständlich) - - von den EVUs, die wollten also - und das war der eigentliche Grund, kein wissenschaftlicher - - Aber ich will gerne begründen, welche wissenschaftlichen Konsequenzen sich dann ergeben für das Erkundungskonzept. Dass praktisch nur der halbe Salzstock zur Erkundung überhaupt zur Verfügung steht, das hängt mit den Salzrechten zusammen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Nun mögen Sie sagen: Ja, das war doch frühzeitig bekannt, dass da die privaten Rechte nicht bekommen wurden. Warum das so verzögert wurde - - Man hätte ja wirklich die Frage beantworten müssen, wenn ich das richtig aus der Sicht der Bergbehörde sehe, die das ja dann auch entscheiden müssen, dass eine berechtigte Begründung vorliegen muss, warum man dann den untersucht. Aus wissenschaftlicher Sicht fühlte ich mich beruhigt; denn das geht ja auch aus dem Schreiben von Thomauske am 23.01. oder wann das war oder 17. hervor, dass das eine erste Untersuchungsphase ist, mit folgender Konsequenz: Wenn die Untersuchung mit den entsprechenden Erkundungsbereichen abgeschlossen ist im nordöstlichen Teil - mit dieser Einschränkung - - Und trotzdem gibt es jetzt drei Möglichkeiten: Wir stellen fest, dass trotz aller Prognosen unserer Salzstrukturgeologen doch nicht so viel einlagerungsfähiges Salz vorhanden ist oder die Abstände zu dem Anhydrit, den Sie zitiert haben, zu gering werden; dann ist das sozusagen nicht geeignet, der gesamte Salzstock. Dann braucht man auch den anderen Teil nicht zu untersuchen; denn so viel können unsere Geologen feststellen. Das haben Sie ja auch in den Untersuchungsberichten gesehen, dass durch die Tiefbohrung und vor allen Dingen die Salzspiegelbohrungen, die hier gerne vergessen werden - - Da gibt es also diese Schnitte, die die Salzgeologen auch im südwestlichen Teil gemacht haben aufgrund der Bohrergebnisse, und man sieht, wie die Gesamtstruktur über den gesamten ... (akustisch unverständlich). Wenn es also jetzt da Überraschungen gibt, obwohl unsere Salzgeologen so gut waren und zum Beispiel die Schachtvorsatzbohrung exakt genau an die Stelle gesetzt haben, wo sie das vorgesehen

haben, dass sie das so erreichen, was nicht so einfach ist, denn finanzmäßig waren ja drei oder sogar vier Bohrungen vorgesehen, um dann die richtige zu haben - - Wenn das nicht ist, dann brauchen wir im Südwesten auch nicht zu untersuchen, dann hätten wir also - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist klar, Herr Dr. Langer. Wenn wir an einer Stelle entdecken, da geht es nicht, dann ist die Sache gestorben; klar. Aber die Streitfrage war doch die umgekehrte: Reicht es, die Hälfte zu erkunden, um den ganzen Salzstock bewerten zu können? Denn ich muss doch, wenn ich einlagere, auch wenn ich nur einen Teil nehme zum Einlagern, den gesamten Salzstock bewerten.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das ist nicht richtig. Das ist genau die Frage, die wir damals - Sie mögen recht haben: ziemlich überraschend - aufgrund der Gegebenheiten - - Wir hätten gerne den gesamten Salzstock untersucht. Aber die Frage, die vor allen Dingen ich zu beantworten hatte: Wie wird denn, um aus der Eignungshöflichkeit eine Eignung zu machen, vorausgesetzt, man untersucht nur den halben Salzstock und man hat da genügend gefunden, braucht den anderen nicht zur Einlagerung - - Was braucht man? Das steht in dem Schreiben ja auch genau drin: Was kann man prognostizieren, wenn man die eine Hälfte genauer kennt durch die untertägige Erkundung, für die andere Hälfte? Die Schächte sind ja ungefähr in der Mitte von dem Salzstock. Und was man übertragen kann, ist, wenn man das erreicht hat, dass die Prognose - - Deswegen erwähnte ich die Schnitte, die die Geologen allein aufgrund der vorhandenen Bohrung und der Salzspiegelbohrungen gemacht haben; dann ist die Struktur in der anderen Hälfte ähnlich, nicht spiegelgleich, aber ähnlich. Das ergibt sich aus der ganzen Historie des Salzaufstiegs. Da ist ja der gesamte Salzstock aufgestiegen, nicht der eine Teil so und der andere Teil so, sondern der gesamte Teil.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Aber einmal ist er vertreten. Und vor der Hacke ist es duster.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das ist der Punkt. Die Einfaltungen können mal so

und mal so sein. Ich war mir des Risikos durchaus bewusst. Ich habe mich jetzt erkundigt - jetzt wissen wir doch viel mehr -: Hat sich denn das bestätigt? Da hat mir der jetzt zuständige Mitarbeiter der BGR gesagt: Ja, es ist sogar günstiger als damals.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Dr. Langer, darum geht es in dem Untersuchungsausschuss nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ihre Fragezeit ist zu Ende.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können auch gerne in einer halben Stunde noch weitermachen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, machen wir!)

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Moment, ganz ruhig. Die Fragezeit ist jetzt erst mal beendet. Das heißt, die Berliner Runde ist jetzt zu Ende. Herr Grindel hat den Antrag gestellt, jetzt zu unterbrechen, weil er gerne an der Debatte teilnehmen möchte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das nicht. Wir haben gesagt, es werden noch wenige kurze Fragen gestellt, damit wir an der Debatte teilnehmen können. Jetzt läuft schon fast die Abstimmung. Das ist nicht okay.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Herr Grindel - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie gesagt, dass wenige Fragen gestellt werden!)

- Frau Kotting-Uhl, ich rede gerade.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann stelle ich den Antrag, dass wir jetzt abstimmen!)

- Herr Grindel, ich rede jetzt! - Wir haben damals verabredet - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben 19 Uhr verabredet!)

- Herr Grindel, wenn Sie sich melden, gebe ich Ihnen das Wort, aber zurzeit - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich war doch noch dran! Ich hatte noch gar nicht aufgehört! - Heiterkeit)

- Sie hatten aufgehört. Frau Kotting-Uhl hatte ich das Wort gegeben, und sie hat geantwortet. Wir hatten eben vereinbart, wir machen keine Pause, damit diejenigen, die an der Debatte teilnehmen wollen, noch die Möglichkeit kriegen, zu fragen, und anschließend machen wir mit denen weiter, die nicht an der Debatte teilnehmen wollen, und das haben wir getan. Durchaus können Sie jetzt den Antrag stellen, dass wir jetzt unterbrechen, bis die Debatte zu Ende ist, um dann noch weiterzumachen. Wenn Sie das gerne möchten, können Sie diesen Antrag stellen. Ich würde dafür plädieren, vorher erst mal zu fragen, wer noch Fragen hat. Aber selbstverständlich steht Ihnen das Recht zu, vorher diesen Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir können auch, wenn wir um 19 Uhr durch sind, aufhören. Wie sieht es denn aus?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ich frage jetzt einmal durch. Jetzt wäre ja die CDU/CSU wieder dran. Hat die CDU/CSU noch Fragen? - Nein. Die FDP? - Nein. Die SPD? - Nein. Die Linken?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Die Linke ja. - Frau Kotting-Uhl, die Grünen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte jetzt noch eine halbe Frage gehabt. Entschuldigen Sie, Frau Vorsitzende: Wir hatten vorhin nicht beschlossen, dass wir noch ein paar wenige Fragen haben. Das haben Sie beschlossen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Das habe ich bereits erwähnt. - Also die Linke und die Grünen haben noch Fragen. Die Grünen haben noch eine halbe Frage, und die Linken haben noch Fragen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dank der genialen Intervention ist jetzt alles wieder abgeschnitten! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh! Da können Sie wieder eine Erklärung machen, Frau Kotting-Uhl! - Ute Vogt (SPD): Wenn die Linke noch eine Frage hat, dann würde ich sagen: Zack! - Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber *eine* Frage!)

- Genau. Wenn die Linke jetzt nur noch eine Frage hat, okay. Dann Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Langer, ich beziehe mich auf das Protokoll des Präsidentengesprächs BfS/BGR vom 11.11.97; das ist MAT A 223, Paginierung 33. Da findet sich auf Seite 2 ganz unten der Hinweis:

Es wird die Frage diskutiert, welche Abstände die Erkundungsstrecken zum Hauptanhydrit einhalten müssen.

Und so weiter.

Die Diskussion dieser Frage soll auf der nächsten Sitzung mit einem „Brainstorming“ weitergeführt werden.

Ich möchte so konkret wie möglich - ich hoffe, Sie erinnern sich - wissen: Wie hat man die notwendigen Abstände zum Hauptanhydrit dann letztendlich festgelegt?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, eine vorläufige Festlegung steht im - so meine ich mich zu erinnern, ohne dass ich Ihnen jetzt die Seitenzahl sagen könnte - fortgeschriebenen Sicherheitsbericht - nein, Entschuldigung, in der Fortschreibung der Erkundungsergebnisse, ich glaube 89, vom BfS drin. Da stehen die 50 Meter drin. Das sind Planungsunterlagen. Die sind natürlich, wie ich vorhin erläuterte, nicht durch Rechnungen belegt. Vorgehen wollten wir folgendermaßen - ich habe es auch dabei, bloß ich finde es im Moment nicht, und ich will Ihre Sitzung hier auch nicht aufhalten. Aber vorgegangen wäre man so: Man hätte jetzt zum Beispiel die 75 oder 50 Meter sich vorgegeben, hätte dann angefangen, zu rechnen, welche Wärmebelastung kommt aufgrund einer damals geplanten Einlagerung auf die Anhydritschicht zu, auch zwischen den Strecken, um zu vermeiden, dass Rissbildung im Anhydrit ist. Wir kannten die Stoffgesetze vom Steinsalz, die Wärmeausbreitung, die Kriechgesetze - das war ja alles erforscht durch die Wissenschaft - und konnten dann also die Abstände festlegen. Wann das geschehen ist, weiß ich nicht. Aber so wäre man vorgegangen. Herr Dr. Wallner mit seinem Bericht war fähig, diese Berechnungen zu machen. Und wenn ich mich recht erinnere, kamen da 50 Meter raus.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, es wäre eine rechnerische Festlegung gewesen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja-wohl, mit einer gewaltigen - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Man hat über die Formel und die Berechnungsgrundlage gesprochen und ist sich da auch einig geworden.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja, das nehme ich an.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich weiß eben nur, dass wir diesen Auftrag hatten, das zu machen. Und ob das über meine Zeit dann hinausgegangen ist, weiß ich nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Gut.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Aber ich kann Ihnen gerne sagen, weil das für mich - - Entschuldigung, ich will Sie nicht aufhalten; aber die Frage schien ja in eine bestimmte Richtung zu gehen. Für mich war das dann wirklich der entscheidende Punkt: Wie viel kriegen wir? Was müssen wir machen? Ich habe das jetzt noch mal versucht herauszukriegen, was gemacht worden ist und wie die festgelegt worden ist. Da läuft ja jetzt zurzeit irgendwie so eine vorläufige Sicherheitsstudie. Denn für mich war klar: Die müssen das ja auch da mit berücksichtigen. Soweit ich gehört habe, hat jetzt, unabhängig von der BGR, noch dieses Leipziger Institut für Gebirgsmechanik entsprechende Überlegungen angestellt, und die sind dann auch bei 50 Meter gelandet. Nur um das einzuordnen, was die BGR damals gemacht hat und mit welcher Minimierung des Risikos das dann auch wirklich vorangetrieben hat.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke sehr, Professor Langer.

Zum Abschluss der Vernehmung stelle ich fest, dass das Sekretariat Ihnen, Herr Professor Langer, das Protokoll nach Fertigstellung übersendet. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen

etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass Ihre Vernehmung als Zeuge erst abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt, was Sie ja unschwer schon erkannt haben, weil Sie noch mal wieder hier sind. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder Sie ausdrücklich auf die Einhaltung dieser Frist verzichten.

Ich danke Ihnen für Ihre konzentrierte Mitarbeit, für Ihr langes Aushalten. Der gleiche Dank geht an den Stenografischen Dienst. Bitte übermitteln Sie ihn auch an Ihre Kollegen, die da waren.

Ich wünsche uns eine erfolgreiche namentliche Abstimmung und anschließend einen erholsamen Abend. Danke schön.

(Schluss: 19.13 Uhr)

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 82
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, I: Öffentlich)
18. Mai 2012

Stenografisches Protokoll

- Vorläufige Fassung* -

der 82. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 10. Mai 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Kirsten Lühmann, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen

1 - 44

Herr Professor Dr. Michael Langer
gemäß Beweisbeschluss 17-236

*Korrekturen auf
S. 2, 7, 16, 17, 24*

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

wendigen Vorbemerkungen - auch wenn Sie sie alle schon einmal gehört haben - darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen und Alter vorzustellen. Ich frage Sie auch, ob die in der Ladung verwandte Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Mein Name ist Michael Langer. Ich bin 78 Jahre. Die Adresse ist in Ordnung.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock in Gorleben untertägig zu erkunden und keinen alternativen Standort zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zu der Entscheidung für den Standort geführt haben sowie, aktuell, insbesondere mit der Frage, inwieweit das Erkundungskonzept in den Jahren 1997, 1998 eventuell verändert worden ist. Wenn Sie dies wünschen, haben Sie nach § 24 Abs 4 PUAG Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Anderenfalls würde ich mit Fragen beginnen. Möchten Sie sich vorher im Zusammenhang äußern?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich habe mich ja bei der letzten Ausschusssitzung ausführlich vorgestellt. Vielleicht sollte man noch einmal meine Rolle innerhalb der Endlagerung in der BGR erwähnen.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Bitte etwas dichter an das Mikrofon.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Das wird schwierig. Geht das so?

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Ja.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ja? - Danke. - Ich bin 59 in die BGR eingetreten und wurde 78, also gerade als die Sache mit der Endlagerung aktuell wurde, Unterabteilungsleiter. Das Referat Endlagerung radioaktiver Abfälle war in meiner Unterabteilung

angeordnet. Als Unterabteilungsleiter hatte ich - manchmal nannte sich das auch Fachgruppe; aber das ist das Gleiche - Steuerung endlagerrelevanter Forschungsvorhaben und die Leitung und Koordinierung und Vertretung der fachlichen Arbeiten zu Endlagerprojekten.

Die Endlagerarbeiten waren ja in der BGR vollkommen in die Linie eingeordnet. Das wurde erst viel später, als es zu groß wurde, als Projekt organisiert und dann als Matrix der Linie zugeordnet. Das passierte erst 96, 97 endgültig und wurde in einer Hausverfügung festgelegt.

Ich war im Rahmen dieser Sache dann Projektleiter der Endlagerung und hatte damit - - so steht das in dieser Hausverfügung und wurde mir auch mitgeteilt -:

Als Projektleiter haben Sie die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der geowissenschaftlichen Untersuchung zur Endlagerung radioaktiver Abfälle. Sie sind verantwortlich für die Erstellung und Umsetzung der Projektplanung sowie für die Gesamtzielsetzung einschließlich der Kosten und Termineinhaltung. Sie entscheiden über Prioritäten und Ressourcen. Sie koordinieren und steuern die Einzelprojekte in Abstimmung mit den Fachbereichen der BGR. Als Projektleitung haben Sie Sprecherfunktion, das heißt, Sie vertreten neben der Amtsleitung die BGR in ~~Anlage~~ Aufgaben nach außen.

H Endlager

Ich hatte dann für die einzelnen Projekte - es waren ja nicht nur Gorleben, sondern auch Konrad und Morsleben - Teilprojektkoordinatoren, die mich dann da mit unterstützt haben.

Die BGR wurde dann in 97 umorganisiert. Da wurde meine ganze Unterabteilung dann zur Abteilung Ingenieurgeologie und Geotechnik. Dann war ich also Abteilungsleiter und Projektleiter in der BGR. Ende 98 und mit Ablauf des Jahres bin ich dann altersbedingt ausgeschieden aus der BGR, seitdem im Ruhestand. - Danke schön.

I 98

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön, Herr Professor Langer. - Ich habe jetzt, bevor wir in die normale Berliner Runde einsteigen, einige Fragen zum Einstieg.

Anfang der 1990er-Jahre wurden durch das Bundesministerium für Forschung und

weise auch sagen, was geeignet oder geeigneter ist und was nicht.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Ich glaube, was die Granit-Studie anbelangt, die hat ja in dem Zusammenhang nicht diese entscheidende Rolle gespielt, weil ja allen klar war - das war ja auch eine Empfehlung der BGR, damals noch Bundesanstalt für Bodenforschung, und des damaligen Präsidenten Martini und Vizepräsidenten Richter-Bernburg -, dass im Grunde genommen das Salz für die deutschen Verhältnisse, die Salzstöcke die besten Voraussetzungen geben von allen anderen geologischen Medien, die wir in Deutschland haben, die Sache nach dem damaligen Kenntnisstand anzugehen. Das muss man immer dazusehen. Insofern war jetzt also -- Ich möchte mich jetzt trennen von dem, wenn das Ihrem auch entspricht; sonst müssten wir extra darüber reden.

Aber was die Salzstudie anbelangt: Ein gewisses Ranking ist ja vorgenommen worden. Man hatte ja sozusagen von den vielen, die man da hatte, westliches und östliches Deutschland, was da alles zusammengekommen ist. Man hat aber schon eine Auswahl getroffen, indem man sagte: Es hat sich bewährt, nach den großen Salzstöcken zu suchen, die eine gewisse Gewähr geben, dass man das Steinsalz in angehäufter Form in genügendem Maße finden wird.

Wenn ich das also richtig in Erinnerung habe - jetzt müsste ich das hier nachschlagen -, hat ja Herr Krull dann von den verschiedenen Kriterien, die da zugrunde gelegt worden sind -- Und dann sind diese vier Strukturen rausgekommen: Thedinghausen möglicherweise, Wahn, Waddekath und Zwischenahn. Die waren also jetzt die günstigsten von allen anderen, die da waren. Das ist schon ein gewisses Ranking, sage ich mal.

Was nicht vorgenommen worden ist - das ist natürlich; da haben Sie recht -: Es sind ja verschiedene Kriterien zugrunde gelegt worden.

(Unruhe)

- Stimmt was nicht?

(Eckhard Pols CDU/CSU): Nein, alles in Ordnung!

- Ich fühlte mich gerade gestört.

(Eckhard Pols CDU/CSU): Entschuldigung!

Es sind verschiedene Kriterien, eine ganze Menge Kriterien, die hier auch aufgeführt sind in der Studie. Wie gewichtet diese Kriterien sind, das ist nicht vorgenommen worden.

Ich darf eben nur mal sagen, dass eigentlich das entscheidende Kriterium, nämlich der einschlusswirksame Wirtsbereich, das Wirtsgestein, also die massierten -- ~~das~~ ^{tt8} ~~Wort~~ Steinsalze in einem Salzstock -- dass die eigentlich gar nicht so richtig bewertet werden konnte. Denn die kann man nur bewerten, wenn man untertägige Erkundung hat. Die untertägige Erkundung hatte man durch die Schächte und die Vorbohrungen usw. eben nur in Gorleben. Herr Krull hat das so oder so auch erkannt. Bei diesen bevorzugten Salzstöcken schreibt er:

Ein stark deformiertes Innengefüge

- das heißt also, das wäre das ungünstige, was man hat, wenn also das Innengefüge durchfaltet ist, sodass Anhydritschichten und Steinsalzschieben so durcheinandergehen, dass man diese massiven Ansammlungen nicht hat -

und damit möglicherweise das Fehlen ausreichender, reiner Steinsalzvolumina ist mit sehr großer Wahrscheinlichkeit für die Struktur Thedinghausen, möglicherweise auch für die Strukturen Wahn, Waddekath und Zwischenahn

- also die Bevorzugten nach den Kriterien, die bei so einer Vorauswahl zugrunde gelegt werden -

zu befürchten.

Dass diese Befürchtung in Gorleben zum Beispiel nicht eingetreten ist, das ist eigentlich, wenn Sie so wollen, ein Glücksfall oder eine kluge Entscheidung von denen, die damals Gorleben ausgesucht haben.

Mit anderen Worten: Eine Weiteruntersuchung, um jetzt vielleicht den Vergleich mit Gorleben noch mal irgendwie gewichtiger zu machen als Ersatzstandort, um Zeit zu gewinnen und nicht jetzt erst zu warten und dann einen von den Salzstöcken zu nehmen, das hätte eine untertägige Erkundung vorausgesetzt mit allen Kosten und das, was -- Und das war einfach nicht zu begründen, auch nicht von der BGR, die ja immer gerne untersucht hat, also davon abgesehen.

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage jetzt beantwortet habe.

man damals angenommen hat, dass ein großer Standort, also ein großer Salzstock, die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, dass er dann auch entsprechend mehr Steinsalz in ungestörter Lagerung hat, also wenig gefaltet. Und es hat sich dann aber herausgestellt, dass das nicht unbedingt der Fall ist. Deswegen auch die Einschränkung in der Krull-Studie in einem ganz entscheidenden Punkt, nämlich: Der innere Aufbau des Salzstockes ist nicht bekannt, und man muss sogar befürchten, dass die vor allen Dingen, wenn ich das richtig sehe, nach den Deckgebirgsvoraussetzungen ausgewählten vier Standorte dann das entscheidende Kriterium, nämlich den ungestörten Salzstock darunter zu finden -- da muss man befürchten, dass das eventuell gar nicht der Fall ist. Das ist der eine Punkt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß man aber da noch gar nicht!)

Und das Zweite ist meiner Ansicht nach auch bei Herrn Appel die Bewertung der Barriere Deckgebirge. Es ist klar: Wir haben das Multibarrierensystem. Wenn wir das nicht hätten - international anerkannt -, dann könnten die Schweden auch nicht in ihrem Granit Endlager von hochaktiven Abfällen betreiben.

Die Rolle des Deckgebirges ist eine andere als Barriere als die Barriere Salzstock, sogenannte - heute nennt man das, glaube ich, so. Früher haben wir von Wirtsgestein gesprochen, wirksames Wirtsgestein -- der also das Isolationspotenzial für 1 Million Jahre zu liefern hat. Das Deckgebirge dient dazu, dass dieses Isolationspotenzial, das damals schon nachgewiesen war für Gorleben, insbesondere damals durch Professor Herrmann in der Auswertung der Laugeneinschlüsse, die wir da hatten, indem er nämlich festgestellt hat und begründen konnte, dass die seit Beginn des Salzstockes, Aufstiegs schon vorhanden waren und unberührt in derselben Konsistenz da drin waren -- Da kamen wir auf mehr als 10 Millionen, noch mehr, 100 Millionen Jahre Isolationspotenzial.

Jetzt: Wenn das so ist für Gorleben zum Beispiel, welche Rolle spielt dann das Deckgebirge? Das Deckgebirge spielt die Rolle einmal sozusagen als Schutz, dass die Barriere Salzstock erhalten bleibt, hat zwei Rollen, einmal die Subrosion des Salzstockes durch den Salzausstieg -- Damals hat er ja

Jahre sehr genau die ganzen Dinge untersucht, hochwissenschaftlich, und auch die entsprechenden Auseinandersetzungen, die es mit anderen Wissenschaftlern dann gegeben hat -- Aber es ist wohl jetzt auch unbestritten, dass das also im zehntel Millimeterbereich pro Jahr ist, das heißt also für die Millionen Jahre, die Sicherheitsanalyse zu haben ist -- bleibt das Deckgebirge als Schutz.

Dann spielt die Gorleben-Rinne eine Rolle. Da will ich dann noch extra drauf kommen.

Aber was zum Verständnis der Sicherheitsstudie für das Deckgebirge ist, da wollte ich doch auf eine -- Professor Röthemeyer, der damals Abteilungsleiter bei der PTB war, der hat ja ein Buch herausgebracht: *Endlagerung radioaktiver Abfälle*. Wo alle seine Mitarbeiter - er nimmt auch in vielen Fällen Bezug auf BGR-Arbeiten -- Aber da steht dann drin, weil die Sicherheitsstudie war ja gar nicht Aufgabe der BGR, sondern des BfS -- Da schreibt er - Moment -:

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das Deckgebirge kann nicht das tiefer gelegene Wirtsgestein ersetzen,

da Einwirkungen von der Art der Gorlebener Rinne in dem für Endlager zu betrachtenden Zeitraum auch an bislang diesbezüglich unbeeinflussten Deckgebirgen/Salzstöcken auftreten können.

Das war also schon damals Stand der Wissenschaft, dass diese Gorleben-Rinne, wie wir sie nennen, weil sie da über Gorleben auftritt, auch an anderen Salzstöcken auftreten kann.

Und in der Krull-Studie steht ja auch drin, dass solche Rinnen sehr schwer zu erkennen sind und nur durch spezielle Untersuchungen, die die Studie auch nicht gemacht hat. Das schließt nicht aus, dass man solche Rinnen auch woanders findet.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE): Können Sie das Zitat belegen?)

Also:

... auftreten können. Die heutige Beschaffenheit des Deckgebirges führt zu einem wirksamen Schutz des Salzstockes gegen zukünftige eiszeitliche Erosionsereignisse und zu einer hohen Verdünnung im Fall

V. u.

§ V. u.

einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung.

Man muss ja immer im Auge behalten: Damals - jedenfalls, ich weiß nicht, wie die neuen Sicherheitsrichtlinien der RSK, die ja wohl im Jahre 2010 herausgekommen sind, das noch genauso - - musste eine Störfallanalyse gemacht werden. Und das ist auch sehr interessant. Da wurde ja dann berechnet, dass ein Störfall auftreten kann, sodass der Abfall in irgendeiner Form mit der Biosphäre in - - und dann werden die Individualdosen berechnet.

Es war klar, der Salzstock Gorleben, wenn er so ist, wie er prognostiziert war, was ja dann erst die untertägige Erkundung zu ergeben hatte - - dass da kein Schadstofftransport stattfindet eben im Salz. Dafür ist es ja zu dicht. Aber über einen Störfall - sagen wir mal -, über den auch immer wieder diskutierten Anhydrit, der ja zerklüftet ist, da können also Wegsamkeiten entstehen oder vielleicht sogar über die Schächte, wenn der Schachtverschluss nicht ist. Und da ist jetzt interessant - zukünftig also Erosionen -:

... zu einer hohen Verdünnung im Fall einer auch störfallbedingten Schadstofffreisetzung. Das Deckgebirge ist hinsichtlich dieser Fragestellungen besser zu bewerten als eine unterstellte durchgehende Tonabdeckung über dem Salzstock.

Sie sehen, das ist alles viel komplizierter. Die Gesamtzusammenhänge sehen, wie so eine Sicherheitsstudie gemacht wird, wie ein einzelner geologischer Befund in dieser Sicherheitsstudie zu bewerten ist - - das kann mal positiver sein, mal negativer. Diese Bewertung kann man eigentlich erst vornehmen, wenn man genau weiß: Was ist drin? Wie ist die Konstellation im Bergwerk? Wie ist die gesamte geologische Situation?

Ich wollte das nur erwähnen, weil, wenn ich das richtig verstanden habe, was Sie sagen, wegen dieser Gorleben-Rinne und des Deckgebirges - - dass da keine zusammenhängende Deckschicht ist, obwohl die Krull-Studie auch sagt, die findet man wahrscheinlich in dieser Form über den Salzstöcken dann auch nicht, dass dieses nicht so eine hohe Bewertung haben kann, wenn überhaupt, wie aus meinem letzten zitierten Satz hervorgeht, wie ein vernünftiges, massives Steinsalz im Salzstock.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Professor Langer. - Ich möchte gerne auf einen anderen Themenkomplex zu sprechen kommen. - Ich sitze hier neben Herrn Grindel.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Entschuldigung. Meine Augen sind nicht mehr so, wie ich sie gerne hätte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kein Problem. - Und zwar geht es um die Verhandlungen, die vonseiten der damaligen Bundesregierung zunächst einmal mit der Elektrizitätswirtschaft geführt wurden - das war um die Jahreswende 1996/97 -, die der Vorbereitung von Gesprächen der Bundesregierung mit der damaligen Opposition zur Herbeiführung eines Energiekonsenses dienen sollten.

Aus den Akten ergibt sich, dass sich im Dezember 1996 die Minister Merkel und Rexrodt mit Spitzenvertretern der Elektrizitätswirtschaft getroffen haben, wo es unter anderem auch um die Frage ging, ob bei den Endlagerprojekten Gorleben und Konrad Einsparungen erzielt werden können.

In der Folge wurde ein Arbeitskreis „Optimierung der Endlagerung“ eingerichtet, an dem auch Behördenvertreter teilgenommen haben, unter anderem der BGR. Aus unseren Unterlagen ergibt sich, dass es dort insbesondere zwei Sitzungen gab, einmal am 17. Dezember 96 und einmal am 8. Januar 97, an denen Sie auch teilgenommen haben.

Meine erste Frage ist: Erinnern Sie sich noch an diese Arbeitsgruppe „Optimierung der Endlagerung“? Und können Sie uns sagen, was denn da die Ausgangspunkte waren, also sprich: Was war die Haltung der Energiewirtschaft auf der einen Seite, was war die Haltung der Bundesregierung und der Behörden auf der anderen Seite, speziell was die Frage Kostensenkung bei Gorleben angeht?

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, um es vorweg zu sagen: Ich erinnere mich an mindestens die eine Sitzung, obwohl ich weiß, dass ich von Anfang an da mit eingeschlossen war als BGR-Vertreter, und zwar deswegen, weil ich wirklich gefragt war, und zwar im Gegenzug zu der Meinung, die die Industrie vertreten hat, und zwar nicht wegen der Kosten, sondern weil die Industrievertretung damals - - Die wollten ja ein Stand-by

die Herr Albrecht damals noch haben wollte in Gorleben, zu unterstützen, damit der Abfall nicht durch ganz Deutschland transportiert werden müsse, sondern gleich die Endlagerung der behandelten Abfälle dann aufgenommen werden kann. Damals ging es also um alle Abfälle, schwach und mittel. Das war das eine Endlager, dann kam ~~Gorleben~~ später dazu, das also 95 Prozent der nicht hochaktiven, also schwachaktiven - nach den Gorleben-Aannahmebedingungen - konditionierten Abfälle aufnehmen sollte. Das waren dann 95 Prozent volumenmäßig wohl. Und dann war aber immer noch auch Gorleben im Gespräch, diese Abfälle aus - - also durchaus offen zu sein für - Dings. Da war auch eine politische Diskussion - ein Endlager oder zwei Endlager-, die, glaube ich, dann auch so 98 oder zumindest mit der neuen Regierung dann kam.

Fachlich gesehen ist es also so, dass ein Salzstock eigentlich besser geeignet ist für hochaktiv als für schwach- und mittelaktiv wegen der Zersetzung dieser Abfälle. Die Gasentwicklung ist für ein dichtes Medium nicht so sehr günstig; das muss man also vermeiden. Das kann man bei hochaktiv sehr gut vermeiden. Da bleibt dann nicht mehr viel übrig, wie Gas entstehen kann. Und Wasser in dem Sinne ist nicht viel drin. Es ist ja ~~gegen~~ ^{gebunden} ganz geringe Menge. Sodass also gesagt worden ist: Okay, wenn schon beide Arten von Abfällen in Gorleben eingebracht werden sollen, dann aber verteilt. Die sollen ja nicht zusammen sein; denn dann hätte man große Schwierigkeiten oder größere Schwierigkeiten mit der Sicherheitsanalyse und das alles - - Aber es wäre gegangen, sozusagen einen Teil des Salzstocks schwach- und mittelaktiv und den anderen Teil hochaktiv, wie auch immer dann die Planung gewesen wäre. Das war ja alles weit im Vorfeld dieser Dinge.

Dann gab es eine ganz neue Diskussion, an der die BGR dann auch beteiligt war. Das war die direkte Brennelementlagerung. Da ging es dann los. Wackersdorf kam ja dann auch nicht, obwohl das ja transportiert worden ist durch Herrn Strauß, Ministerpräsident; Wackersdorf kam ja nicht. Wiederaufbereitung im Ausland, das war politisch dann vielleicht auch oder für die EVUs - - Dann kam auf: Können wir denn in Gorleben - obwohl das damals dafür eigentlich noch gar nicht gedacht war - auch direkt Brennelemente einlagern? Da gab es dann Forschungen, und die BGR hatte die Frage auch nicht

einfach so von heute auf morgen, sondern durch viele Studien, die wir gemacht haben: Ist Gorleben genauso eignungs- oder ähnlich eignungs- für direkte Brennelementlagerung wie für schwach hochaktive Abfälle, wiederaufbereitet? Die Frage konnten wir also positiv beantworten; denn entscheidend für den Sicherheitsnachweis, die Integrität des Salzstockes ist die Wärmeentwicklung. Da kommt es dann auf die Steuerung der Wärme und die Abstände, die man einhält, von einer Einlagerungsstrecke oder einem Einlagerungsbohrloch zur anderen, an. Da haben wir dann große Berechnungen gemacht, auch hinsichtlich der Belastung - das wird meistens dann auch vergessen - des Schachtfundamentes, das ja belastet wird durch die Wärmeentwicklung; weil das Salz dehnt sich aus durch die Wärme und drückt auf die starren Schachtfundamente und erzeugt da zusätzliche Drücke. Das war auch die BGR. Es war dann immer eine Diskussion - - Entschuldigung; wenn ich zu weit ausschweife, dann höre ich sofort auf, weil das Ihre Redezeit ist. Aber Sie haben gefragt, und ich muss das so sagen wegen der Abfälle. Ich weiß nicht, wie es heute ist - wenn es überhaupt noch aktuell ist -, welche Abfälle da reinsollen. Konrad ist ja genehmigt, wenn ich das richtig sehe, und da sollen ja dann die Abfälle auch hineinkommen.

Judith Skudelny (FDP): Die Art der Abfallmenge hat sich ja dann auch im Volumen jeweils ausgeglichen.

Zeuge Prof. Dr. Michael Langer: Also, uns wurde gesagt - ich habe das nicht nachgeprüft -, wenn BfS und die Industrie da einer Meinung sind, dass nur noch die Hälfte der Abfälle unterzubringen ist, dann habe ich das akzeptiert, und das war dann in der Tat wesentliche Grundlage, die Entscheidung dann 97 zu treffen, nur den halben Salzstock zu untersuchen erst mal.

Stellvertretende Vorsitzende Kirsten Lühmann: Danke schön. - Somit geht das Fragerecht zur Fraktion Die Linke.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Lühmann. - Herr Professor Langer, ich wollte noch einmal ein paar grundsätzliche Fragen so zum Anfang stellen. Sie haben am Anfang gesagt, Sie haben sich vorbereitet. Das ist ja auch richtig so; das sollen Zeugen auch machen. Ich würde nur